



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 178

Mittwoch den 2. August

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 1—5. (181—185.) Bogen des 7. Abonnem. von 30 Bogen. Berlin Bg. 91. 92. 93. Frankf. Bg. 91. 92. Man beliebe baldigst darauf bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren

## \*\* Breslau, 1. August.

Der erste Befehl des deutschen Reichsverwesers hat den Stolz der preussischen Patrioten erweckt, die nun, wie das im Sturm der Leidenschaften zu geschehen pflegt, einen Widerstand und eine Opposition an den Tag legen, die uns für die große Sache der deutschen Einheit sehr bedenklich erscheinen. Woher mit einem male die betrübende Erscheinung in Berlin, daß die Farben, die der König selbst in den Märztagen als die „alten und ehrwürdigen deutschen“ angenommen, jetzt herabgewürdigt werden? — Ist die verlangte Huldigung für den Reichsverweser in der That ein so gravirendes Moment für die preussische Würde, daß das Widerstreben des Sonderpatriotismus gerechtfertigt erscheinen könnte? — Wir glauben nicht, und halten vielmehr die Entrüstung der preussischen Patrioten durch etwas ganz anderes als durch diese Aufforderung hervorgerufen. — Vorausschicken müssen wir, daß wenn wir auf die Kundgebung des preussischen Patriotengefühls hier eingehen, und eine Versöhnung zwischen ihm und dem deutschen Wünschen, wir jene Klasse weder zu überzeugen gedenken noch wollen, der überhaupt die neue Ordnung der Dinge als eine verderbliche und unheilbringende erscheint, und die eben nur jetzt in die Posaune des Preußenpatriotismus stößt, weil sie da unter dem Mantel einer scheinbaren Berechtigung gegen die Bewegungen der Zeit zu Felde ziehen kann. Diese unverbesserliche Klasse würde es eben so mit der andern Partei halten, wenn es ihr zweckdienlich wäre. Wenn aber eine Anzahl Männer, deren Herz und Sinn der Freiheit und dem eingetretenen Umschwunge der Zeit offen sind, wenn solche Männer den Sonderpatriotismus in solcher Weise zur Geltung bringen, wie es geschehen ist, so müssen wir das als eine Verirrung beklagen und Alles daran setzen, eine Spaltung zu verhindern, deren Folgen für Preußen wie für Deutschland nur unheilbringend sein können. —

Wir haben bereits in einem früheren Artikel nachzuweisen gesucht, daß Preußens Wohlfahrt nur in dem innigen Anschluß an Deutschland erblühen kann. Wir haben es nachzuweisen gesucht, daß der wahre preussische Patriot jenen Anschluß nur wünschen kann, da Preußen erst in dem vereinigten Deutschland zu seiner vollen Anerkennung gelangen wird und muß. Die preussischen Patrioten können und dürfen das unmöglich verkennen, und der verlangte Anerkennungsakt für den Reichsverweser kann sie unmöglich so in Harnisch treiben, daß sie einer solchen „häuslichen Angelegenheit“ wegen eine Trennung zwischen Preußen und Deutschland herbeizuführen wünschen. Uns will es daher bedünken, als sei ihre Eifersucht dadurch angeregt, daß ein österreichischer und nicht ein preussischer Fürst an die Spitze Deutschlands gestellt worden ist und als gälte ihre Manifestation nicht der deutschen Sache, sondern der getroffenen Wahl. — Wir wollen uns hier in keine Untersuchung darauf einlassen, ob dieses eifersüchtige Gefühl einen festen Boden habe, oder nicht, sondern geradezu darauf eingehen, daß das Preußenvolk einen gerechten Anspruch an Deutschland zu machen hat, daß sein Fürstenhaus vor allen andern Berücksichtigung verdiene. Kann dies aber erzwungen werden? Allerdings, aber nicht durch eine feindselige Opposition, die den auf Preußen eifersüchtigen Staaten nur um so mehr Gelegenheit geben wird, dasselbe in Deutschland verhaßt zu machen. Je mehr der preussische Patriotismus der deutschen Einheit gegenüber tritt, um so weniger wird er sein Ziel erreicht sehen, daß Preußen die Spitze Deutschlands bilde. Erzwungen kann dies nur werden durch die

Macht des moralischen Einflusses, den Preußen bei der Neugestaltung Deutschlands erlangen muß, wenn es, wie es in den Märztagen den Anschein hatte, das deutsche Interesse zu dem eigenen macht. Die materielle Bedeutung Preußens für Deutschland müssen die andern Staaten schon jetzt anerkennen; sie werden auch die geistige Hegemonie anzuerkennen gezwungen sein und sich ihr gewiß nicht entziehen können, wenn Preußen, trotz aller Eifersüchtelei, in seinen uneigennütigen Bemühungen für Deutschland ausharrt. Das geben wir den preussischen Patrioten zu bedenken und wollen darauf hinweisen, daß ihr oppositioneller Sonderpatriotismus gerade das Ziel verfehlt, das sie anzustreben gedenken. Wir müssen darauf hinweisen, daß die süddeutschen Staaten dies Widerstreben Seitens Preußens nur zu sehr ausbeuten werden, um seinen Einfluß zu lähmen, um ihm die Zukunft, wo die deutsche Centralgewalt keine provisorische mehr sein wird, gänzlich abzuschneiden.

Unermüdllich müssen wir daher den wahren preussischen Patrioten zurufen: Haltet fest an der deutschen Einheit, denn in ihr liegt auch die Größe Preußens!

## Preußen.

Berlin, 31. Juli. [Amtlicher Artikel des Staats-Anzeigers.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Feldwebel Gottfried Kühn vom 12. Infanterie-Regiment das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Pionnier Gernhuber der 1. Pionnier-Abtheilung die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Abgereist: Der Bischof des Bisthums Kulm, Dr. Sedlag, nach Pelpin.

Das 31. Stück der Gesetz-Sammlung enthält: die allerhöchsten Erlasse, betreffend die Verleihung fiskalischer Vorrechte, unter Nr. 3002 an die Stadt Sommerda in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von dort nach der Landesgränze in der Richtung auf Stotterheim; vom 19. Juni d. J.; — Nr. 3003 an die Kreisstände des Kreises Steinfurt, behufs Ausführung einer Chaussee von der Roesfelder Kreisgränze über Horstmar, Steinfurt, Neuenkirchen bis zur tekenburger Kreisgränze; in der Richtung auf Hörstel; vom 23. Juni d. J.; — Nr. 3004 an die Kreisstände des Kreises Roesfeld, behufs Erbauung einer Chaussee von Roesfeld über Lette nach Dülmen und von Baarholz über Billerbeck und Darsfeld bis zur Gränze des Kreises Steinfurt in der Richtung auf Horstmar, von demselben Tage; und — Nr. 3005 an die Kreisstände des Kreises Hörter in Bezug auf den chausseemäßigen Ausbau und die Unterhaltung der Kreisstraßen von Driburg nach Bergheim von der Brakel-Steinheimer Straße über Bergheim bis zur lippeischen Gränze bei Vinsebeck; vom 24. ejd. m.; ferner unter Nr. 3006 das allerhöchste Privilegium für die Ausstellung auf den Inhaber lautender Stadt-Obligationen der Stadt Halle an der Saale zum Betrage von 60,000 Rthl.; vom 25. ejd. m.; dann Nr. 3007 den allerhöchsten Erlaß von demselben Tage, betreffend das vorläufige Fortbestehen der Ermäßigung der Affekuranz-Gebühr für Geldsendungen in Beträgen über 1000 Rthl.; endlich Nr. 3008 das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Verordnungen über das Recht der Kreisstände, Ausgaben zu beschließen und die Kreis-Eingekessenen dadurch zu verpflichten; vom 24. Juli d. J.

Die letzten beiden Gesetze 1. uten: Auf den Bericht des Finanzministeriums und des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 15. d. M. bestimme Ich hierdurch, daß die in Meiner Order vom 8. April d. J. vorläu-

fig auf drei Monate bewilligte Ermäßigung der Affekuranzgebühr für Geldsendungen in Beträgen über 1000 Rthl. auf die Hälfte des gesetzlichen Betrages auch ferner und so lange fortbestehen soll, als das Bedürfnis dafür vorhanden ist. Dabei bestimme Ich jedoch, daß bei dergleichen Sendungen die Ermäßigung der Affekuranzgebühr nur für den, tausend Thaler übersteigenden Theil der deklarirten Summe einzutreten hat, für die ersten tausend Thaler aber die volle Gebühr zu entrichten ist. Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat die Ausführung dieser, durch die Gesetzsammlung zu publicirenden Verordnung zu bewirken. — Sanssouci, den 25. Juni 1848. — Friedrich Wilhelm. Hansemann. von Patow.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c. c. verordnen auf den Antrag der zur Vereinbarung der preussischen Verfassung berufenen Versammlung, nach Anhörung unseres Staatsministeriums, was folgt: Die Verordnungen über das Recht der Kreisstände, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingekessenen dadurch zu verpflichten: 1) für die Kur- und Neumark Brandenburg und das Markgrathum Niederlausitz vom 25. März 1841. (Gesetzsammlung Seite 53) und deren Ergänzung vom 7. März 1845. (Gesetzsammlung Seite 159), 2) für das Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen vom 25. März 1841. (Gesetzsammlung Seite 55); 3) für das Großherzogthum Posen vom 25. März 1841. (Gesetzsammlung Seite 58), für die Provinz Sachsen vom 25. März 1841. (Gesetzsamml. S. 60), 5) für die Provinz Westfalen vom 25. März 1841. (Gesetzsammlung Seite 62), 6) für das Herzogthum Schlesien, die Grafschaft Glatz und das Markgrathum Oberlausitz vom 7. Januar 1842. (Gesetzsammlung Seite 313), für die Provinz Preußen vom 22. Juni 1842. (Gesetzsamml. S. 211), 8) für die Rheinprovinz vom 9. April 1846. (Gesetzsammlung Seite 161) werden, unbeschadet der auf den Grund dieser Verordnungen bereits gefaßten kreisständischen Beschlüsse aufgehoben. — Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel. — Gegeben Charlottenburg, den 24. Juli 1848. — (L. S.) Friedrich Wilhelm. v. Auerwald. Hansemann. v. Schreckenstein. Wilde. Märker. Gierke. Kührtwetter.

○ Berlin, 31. Juli. [Motive zum Verfassungsentwurf.] Heute sind an die Abgeordneten die Motive zum Verfassungsentwurf vertheilt worden. Die wichtigsten derselben sind ohngefähr folgende:

## Zum Eingang und Titel I. Vom Staatsgebiete.

In dem Eingange der Verfassungs-Urkunde (dieser Ausdruck ist dem pleonastischen „Verfassungs-Gesetz“ vorgezogen) hat die Kommission das Wegfallen des „u. c. c.“ hinter „König von Preußen“ durch Mehrheit beschloffen. Dieses „u. c. c.“ soll die einzelnen Herzogthümer, Fürstenthümer, Herrschaften u. s. w. andeuten, welche in dem vollständigen königlichen Titel aufgeführt werden. Da das ganze Land eine Verfassung erhält, so erscheint die Andeutung dieser einzelnen Titel im Eingange der Gesetze nicht mehr angemessen. Sie könnte nur das Bedenken erregen, als ob ein Partikularismus dieser Art noch Bedeutung habe. Dagegen haben die Vorschläge das „von Gottes Gnaden“ als nicht mehr passend zu streichen, und der Bezeichnung des Landes „von Preußen“ diejenige der Bewohner desselben, „der Preußen“, zu substituiren, keine Mehrheit erlangt. Die Beziehungen Preußens zum deutschen Bunde sind in Artikel 107, so fern sie auf das gegenwärtige Verfassungs-Werk und dessen etwaige künftige Modifikationen Einfluß haben, genügend zur Würdigung gekommen. Es war kein Anlaß, dieses Verhältnisses im Eingange und im Artikel I. zu gedenken, da nach Ansicht der Kommission die Verfassung für den ganzen Staat gegeben werden muß. Die nationale Reorganisation im Großherzogthum Posen ist noch nicht ausgeführt; es konnte also daraus keine Veranlassung entnommen werden, um diesen Landestheil von den Wohlthaten der neuen Verfassung auszuschließen. Auch ist die nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen kein Grund, um diesem Theile des preussischen Staatsgebiets eine besondere Verfassung zu geben.

## Zu Titel II.

## Von den Rechten der Preußen.

Zu Artikel 4. Der Satz des Regierungsentwurfs „Alle u. c. sind vor dem Gesetze gleich“ erhält erst durch die von uns ausgesprochene Aufhebung der Standes-Unterschiede und Standes-Vorrechte seine Bedeutung, wodurch namentlich auch jedes bürgerliche und politische Vorrecht des Adels hinwegfällt. Aus diesem Grunde hielt die Minorität der Kommission es nicht für erforderlich, den Adel selbst, die



Adelstitel abzuschaffen. Die Majorität dagegen war der Ansicht, daß, eben weil die Adelstitel nun bedeutungslos geworden, auch kein Anlaß vorhanden sei, solche von Seiten des Staats noch anzuerkennen, daß die gänzliche Abschaffung die beste Bürgschaft dafür gebe, daß nicht trotz der Gleichheit und Aufhebung der Vorrechte dennoch Bevorzugungen eintreten, daß zugleich eine Menge Gesetze, denen Bevorzugung des Adels zum Grunde liege, dadurch von selbst wegfallen. Eine Strafe wegen des Gebrauchs von Adelstiteln soll übrigens, das wird vorausgesetzt, nicht stattfinden.

Zu Artikel 10. Die Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, müssen nothwendig unter den Gesichtspunkt der allgemeinen Strafgesetze fallen, mögen nun Private beleidigt, mag die Sittlichkeit verletzt, oder die Sicherheit des Staats gefährdet sein. Ein besonderes Gesetz über Pressevergehen ist daher überflüssig; es bedarf dessen transitorisch nur deshalb, weil viele Bestimmungen des jetzigen Strafrechts mit der Pressefreiheit nicht in Einklang stehen. Die Bestimmung, daß Pressevergehen nur durch Geschwornen zu beurtheilen, ist dem Titel von der richterlichen Gewalt vorbehalten. — Im Einklange mit der bestehenden Gesetzgebung mußte dem Angriff gegen den Verfasser und den Drucker, Verleger und Vertheiler zugleich, so weit es möglich ist, eine Schranke gesetzt werden. Auch schien es nöthig, das Recht aus Kautionsfreiheit zu einem verfassungsmäßigen zu erheben.

Zu Artikel 13. Bei den Versammlungen unter freiem Himmel ist eine vorherige Anzeige an die Orts-Polizeibehörde schon deshalb nöthig, damit diese die Versammlung überwachen und die erforderlichen Sicherheits-Maßregeln ergreifen kann. Es erschien aber als eine zu große und häufig den Zweck der Versammlung vereitelnde Beschränkung, wenn, wie der Regierungs-Entwurf verlangt, die Anzeige 24 Stunden vorher geschehen soll; vielmehr genügt die sofortige Anzeige. Es mußte aber auch derjenige, dem solche obliegt — der Zusammenberufende nämlich — bezeichnet werden u. s. w.

Zu Artikel 18. Die Unabhängigkeit der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse ist in diesem Artikel ausgesprochen. Daß dadurch die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten nicht leiden dürfen, sagt der folgende Satz, und hat damit deutlich das Gebiet beschränken wollen, auf welchem allein eine Verletzung der religiösen Bekenntnisse mit dem Staate eintreten kann. Diese Begrenzung ist einestheils umfassender, andernteils weniger Mißdeutungen angesetzt, als diejenigen Ausdrücke, deren sich der Regierungs-Entwurf bedient: „soweit dadurch weder ein Strafgesetz übertreten, noch die öffentliche Sicherheit verletzt oder gefährdet wird.“ — In dem letzten Satze des Artikels wird nicht bloß der Freiheit der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, sondern auch derjenigen des religiösen Bekenntnisses gedacht: denn auch letzteres ist außerhalb der Kognition des Staats zu stellen. Ferner ist es für angemessen erachtet, diese wichtigen Freiheiten nicht bloß zu gestatten, sondern als verfassungsmäßiges Recht jedes Preußen zu gewährleisten.

Zu Artikel 19. Hier ist die Unabhängigkeit der Religionsgesellschaften vom Staate anerkannt, sowohl in ihren innern, religiösen Angelegenheiten, als in der Verwaltung des Vermögens. Dieser in der Theorie allein richtige und schon der Associationsfreiheit entsprechende Grundsatz ist auch in der Praxis am besten geeignet, den immer sehr nachtheiligen Konflikten des Staats mit den Religionsgesellschaften zu begegnen. — Bei der Freiheit des Verkehrs der Religionsgesellschaften mit ihren Obern kann in unserer Zeit kein Bedenken mehr obwalten. — Wie der Regierungs-Entwurf in § 12 in Ansehung des gegenwärtigen Vermögens der Religionsgesellschaften eine Bestimmung aufgenommen hat, so wurde dies auch von einem Theile der Kommission für nothwendig gehalten, wobei jedoch eine besondere Erwähnung der katholischen und evangelischen Kirche unterbleiben sollte. Dieser Gegenstand wurde in einer mehrtagigen Debatte erörtert: es kam dabei auch zur Sprache, ob eine rechtliche Vermuthung dafür, daß das Kirchengut Eigenthum der Einzelgemeinde, und ob die Folge, welche dieser Grundsatz in Bezug auf konfessionelle Aenderungen haben müsse, auszusprechen sei. Durch Majorität wurde jedoch der Wegfall aller derartigen Bestimmungen beschlossen. — Man ging davon aus, daß es keiner besondern Bestimmung bedürfe, um den Religionsgesellschaften ihr Eigenthum zu sichern, daß es von der Beurtheilung des jedesmaligen Falls abhängen, in wie fern ein Eigenthums-Anspruch begründet sei, und daß spezielle Zusicherungen und Klauseln in einer solchen Sache immer etwas Bedenkliches haben, da sie der Mißdeutung leicht unterliegen können.

Zu Artikel 20. Das Kirchenpatronat widerspricht seinem Begriffe nach so sehr der Autonomie der Religionsgesellschaften, führt in der Anwendung zu so erheblichen Uebelsständen, daß das Bedürfnis der Aufhebung dieses Instituts keiner weiteren Rechtfertigung bedarf. Dem Patronat liegen jedoch in der Regel sehr erhebliche Lasten in Betreff der Kirchenbauten u. s. w. ob. In wie fern diese mit dem Patronat-Rechte in so wesentlicher Verbindung stehen, daß der Wegfall des Patronats-Rechts den Patron auch von jenen Lasten befreien würde, das kann nur nach gründlicher Erörterung der ihrem Rechtsgrunde nach nicht überall gleichartigen Verhältnisse entschieden werden. Um einer solchen Entscheidung nicht vorzugreifen, hat die Kommission nur die Zusicherung der künftigen Aufhebung jenes Rechts aussprechen wollen; nicht, wie es Einige verlangten, schon die wirkliche Aufhebung. Sie hat ebenförmig der Ansicht beigeknickt, welche die künftige Aufhebung des Patronats-Rechts davon abhängig machen wollte, daß die betreffende Gemeinde solches durch verfassungsmäßigen Beschluß beantrage.

Zu Artikel 22. Statt des § 13 des Regierungs-Entwurfs, welcher zu keinem praktischen Resultate führt, da er die Freiheit des Unterrichts den in den Gesetzen bestimmten Beschränkungen unterwirft, haben wir unbedingt die Unterrichtsfreiheit ausgesprochen, und die Fassung im Entwurfe der Grundrechte des deutschen Volks adoptirt. Eine Berechtigung des Staats, die Qualifikation der Privatlehrer von seiner Prüfung und Genehmigung abhängig zu machen, wurde von der Majorität nicht anerkannt, und in dem Dasein der öffentlichen Schulen, so wie in dem eigenen Interesse derjenigen, welche Kinder dem Privatunterricht anvertrauen, ein hinreichender Schutz für die bürgerliche Gesellschaft gefunden. Die Pflicht derjenigen, denen die Erziehung der Kinder obliegt, diesen wenigstens den Elementarunterricht erteilen zu lassen, ist ausgesprochen, dabei jedoch jede unnöthige Beschränkung beseitigt worden.

Zu Artikel 23, 24 u. 25. Diese Artikel geben die leitenden Grundsätze für das öffentliche Volksschulwesen an. Der vieldeutige, und daher im praktischen Erfolge unfruchtbare Satz: „Die Schule ist Sache des Staats,“ oder umgekehrt: „die Schule ist Sache der Gemeinde,“ wurde abgesehen vermieden. Die Pflicht des Staats, ausbühnweise, für die Unterhaltung der Volksschule zu sorgen, wenn Gemeindevorstände und Gemeinde dazu nicht im Stande sind, ist anerkannt. Dagegen fand die Meinung, welche die Unterhaltung der Volksschule geradezu dem Staate auflegen wollte, keine Mehrheit. Man fürchtete, abgesehen von der Zweckmäßigkeit des Prinzips an und für sich, durch die sofortige Einführung desselben eine zu große Umwälzung des Volksschulwesens herbeizuführen, und Fonds, demselben zu entziehen, zu deren vollständigen Ersatz der Staat nicht fähig in der Lage sein möchte. Die Aufsicht über die Volksschule und das ganze Unterrichtswesen soll eigenen Behörden anvertraut werden. Bei der Besetzung dieser Behörden wird auf die Befähigung zur Aufsicht Rücksicht zu nehmen sein. Diese findet sich bei den Predigern und sonstigen Dienern der Religionsgesellschaften nicht immer; sie haben auch als solche keinen Verus zur Beaufsichtigung der Volksschule, die ihnen deshalb ausdrücklich entzogen worden ist. Damit kann sehr wohl bestehen, daß den Schulkindern im Unterrichtsplan hinreichende Zeit gelassen wird, um den Religionsunterricht von dem Geistlichen der Religionsgesellschaft zu erhalten, welcher sie angehören. Der besondern Erwähnung, „daß die öffentlichen Volksschulen nicht konfessionell seien“, bedurfte es unter diesen Umständen nicht. Die Minorität war der Ansicht, daß der Kirche die Aufsicht über die Volksschulen nicht entzogen werden dürfe, weil die Aufgabe der Volksschule nicht bloß den Unterricht, sondern auch die Erziehung umfasse, und letztere das religiöse Element nicht entbehren könne, was seine Haupt-Berretung in der Kirche finde.

Zu Artikel 28 und 29. Die Volkswehr kann nur durch möglichste Ausdehnung ihre eigentliche Bedeutung gewinnen: Daher ist ausgesprochen, daß sie aus den nicht in aktivem Dienst befindlichen wehrhaften Männern vom vollendeten 21sten bis zurückgelegtem 50sten Lebensjahr besteht. Ihre doppelte Aufgabe ist: Schutz der Ordnung und der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes. Ihr Verus im Kriege konnte in der Verfassung nicht wohl enger beschränkt werden, als daß sie nur im Innern des Landes zu verwenden sei; das Nähere muß besondern Anordnungen vorbehalten bleiben.

Zu Artikel 30. Während von der einen Seite die Wahl der Führer bei der Volkswehr die beste Bürgschaft dafür giebt, daß sie als Männer des Vertrauens auch die gebührende Autorität über ihre Korps ausüben werden, schien es andererseits nöthig, bei den wichtigeren Stellen, der Regierung Einfluß durch Auswahl aus einer Kandidatenliste zu gewähren, da die Volkswehr doch als eins der kräftigsten Organe zur Stütze der Regierung zu betrachten ist. — Auch bei der Landwehr konnte die Einführung eines, freilich beschränkteren Wahlrechts kein Bedenken haben und zur Förderung des Vertrauens der Wehrmänner zu ihren Führern nur geeignet erscheinen.

Zu Artikel 34, 35 u. 36. Die Lehnsherrlichkeit, ein für die jetzigen Staatsverhältnisse längst bedeutungslos gewordener Ueberrest einer vergangenen Zeit, war zum großen Theile im preussischen Staate schon aufgehoben. Das Aufgeben desselben, da wo er noch besteht, leidet keinen Anstand. Das Lehnswesen hatte zur Folge, daß die Lehnsgüter nur einer beschränkten Disposition des Besitzers unterworfen waren, und in der Regel nach einer abweichenden Successionsordnung an einen Einzelnen vererbt wurden. Beides tritt auch bei den Familiensidekommissionen ein, und hat den nachtheiligsten Einfluß gehabt auf die Entwicklung der Bodenkultur und auf viele persönliche Verhältnisse, indem namentlich die Versorgung der nachgebornen Kinder durch mancherlei Vorrechte und Institute theilweise dem Staate aufgewälzt wurde. Mit der Aufhebung der Standesvorrechte und der Begründung des Rechtsstaates muß auch ein Institut fallen, welches eben nur als Stütze des Feudal-Staates Bedeutung hatte; es muß der schädlichen Anhäufung so großer Güter-Komplexe in den Händen weniger Einzelnen, der naturwidrigen Ungleichheit der Erbtheilung zwischen gleich nahe stehenden Erben ein Ende gemacht werden. Es reicht nicht hin, die Errichtung derartiger Verhältnisse für die Zukunft zu verbieten, sondern es muß der tief greifende Uebelstand so bald wie möglich aufhören. Die Aufhebung der bestehenden Familiensidekommissionen enthält keine Rechtsverletzung, da denjenigen, welchen das Gut nicht angefallen, ein rechtlicher Anspruch eben so wenig eingeräumt werden kann, als den Intestatenerben, welche einen Erbanfall noch nicht erlebt haben, ein solcher bei geschehlicher Veränderung der Intestatenerfolge zusteht. Daher wurde von der Majorität sowohl die angeregte Entschädigung der Agnaten oder Sidekommission-Berechtigten, als die Billigkeits-Rücksicht, das Gut erst in den Händen des nächsten Nachfolgers (premier appelle) freies Eigenthum werden zu lassen, verworfen, und zwar um so mehr, da die günstigen Folgen der freien Dispositionsbefugnis des Sidekommission-Besitzers sonst erst in eine ferne Zeit hinausgerückt werden würden. — Die eigenthümlichen Verhältnisse der übrigens nicht zahlreichen Thronlehen, der hieher nicht gehörigen Haus- und prinzipalen Sidekommissionen, und der Lehen und Sidekommissionen der Standesherrn, in so fern diesen etwa aus dem Bundes-Rechte ein Anspruch zustehen könnte, sind zu einem besondern Gesetze verwiesen worden.

Zu Artikel 37. Durch die Gesetzgebung der Jahre 1807 und folgenden sind in den östlichen, durch die französische, bergische und westfälische Gesetzgebung in dem westlichen Theile des Staates viele nicht mehr passende, sogenannte Feudallasten aufgehoben, andere zur Ablösung verwiesen worden. Es hat aber später diese Gesetzgebung im Einzelnen wieder rückgängige Bewegungen erlitten, während sie noch der Ergänzung und Fortbildung bedurft hätte. Dem allgemein laut gewordenen Bedürfnisse nach Regulierung dieser Verhältnisse bei Gründung der neuen Verfassung mußte entsprochen werden, nicht nur aus Gründen des materiellen Wohls, sondern weil die Fortdauer der Ueberreste des Feudal-Staates mit dem Begriffe des konstitutionellen Staates geradezu im Widerspruch steht. Die Verfassungs-Urkunde konnte hier jedoch nur Prinzipien aussprechen, und muß es der von der gegenwärtigen Versammlung zu regelnden Gesetzgebung in dieser Materie überlassen, theils diese Grundsätze auf einzelne Lasten anzuwenden, theils vielleicht auch außerhalb dieser Grundsätze Anordnungen zu treffen. — Im Schlusssatze wird einem erheblichen Bedürfnisse gedenkt, ohne daß in den eigentlichen materiellen Verhältnissen etwas geändert wird. — Die Befugnis des Eigenthümers, sein Grundeigenthum zu veräußern, ist Ausfluß des Eigen-

thums. Da diese Befugnis in der Gesetzgebung der letzten Jahre ebenso ungerechtfertigt als zweckwidrigen Beschränkungen ausgesetzt gewesen ist, so war es nicht überflüssig, dieses Recht, d. h. die Theilbarkeit des Grundeigenthums in der Verfassungs-Urkunde ausdrücklich zu sichern.

(Fortsetzung folgt.)

† Berlin, 31. Juli. [Kirche und Schule. Mühlen-Angelegenheiten.] Mit dem Herannahen der Berathungen über den Verfassungsentwurf beginnen nun auch allmählig die kirchlich-konfessionellen Interessen, welche bisher gänzlich in den Hintergrund gedrängt waren, wieder hervorzutreten. Zur Wahrung und Beförderung derselben hat sich hier seit einiger Zeit ein spezifisch-katholischer Verein, hauptsächlich aus Mitgliedern der Nationalversammlung zusammengesetzt, unter dem Präsidium des Professor Bauerband (aus Bonn) gebildet, dessen Thätigkeit bald die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürfte. Der Verein acceptirt zwar utiliter die völlige Befreiung der Kirche vom Staate, will aber von einer Emancipation der Volksschule von der Kirche, wie sie Art. 24 des Verfassungsentwurfs begründet, durchaus nichts wissen. Ueber dieses Thema haben lebhaftere Verhandlungen stattgefunden, und der Verein hat endlich den Beschluß gefaßt, besonders dahin zu wirken, daß aus den katholischen Gemeinden (besonders der Rheinprovinzen und Westfalens) möglichst viel Petitionen gegen die Bestimmung des Entwurfs eingesandt werden. Der Verein will demnach nicht bloß auf den Zufall warten, sondern dergleichen Petitionen veranlassen, damit die Nationalversammlung möglicher Weise von einem Beschlusse abgehalten werde, welcher die Unabhängigkeit der Volksschule von der Kirche zum Gesetze erheben würde. Ob die katholischen Schullehrer der östlichen Provinzen das alte Abhängigkeitsverhältnis wünschen, ist zweifelhaft; gewiß ist, daß die evangelischen Lehrer die Vormundschaft der Geistlichkeit nicht als ein besonderes Glück betrachten, und die Befreiung von derselben bereits seit Jahren, wiewohl vergeblich, angestrebt habe. Merkwürdiger Weise sollen die rheinischen und westfälischen Schullehrer nach der Behauptung mehrerer Abgeordneten jener Provinzen von einer etwaigen Emancipation nichts wünschen, und die Oberaufsicht der Kirche der des Staats vorziehen sollen. Sie sehen daraus, daß dieses Thema noch manches Wort erheischen wird, bevor es zur befriedigenden Erledigung kommt. — Nächst den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen scheint die Nationalversammlung besonders die Mühlen-Angelegenheit als einen sauren Apfel zu betrachten! Die betreffenden Anträge (wie z. B. von Jung) sind entweder in Abtheilungen verwiesen, oder (wie von Schulze und Elsner) noch immer nicht zur Berathung gebracht worden. Endlich ist nun zwar in einer Sachkommission eine Art von Gesetzesentwurf über diesen Gegenstand ausgearbeitet worden; derselbe soll aber sogar noch illiberaler sein, als der ministerielle, welcher demnächst vorgelegt werden dürfte. Allerdings hebt der Entwurf die §§ 1 und 2 der Deklaration des § 30 des Gewerbegesetzes vom 2. November 1810, de dato 19. Februar 1832 auf, und schließt auch die Fälle ein, in welchen nach § 3 des Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 darauf zurückzusehen ist, aber der vorgeschlagene Weg, auf welchem die Streitigkeiten zwischen Müllern und Grundherren geschlichtet und beigelegt werden sollen, würde wieder so viele Schlupfwinkel offen lassen, daß die kostspieligen Prozesse eher zu- als abnehmen müßten. „Wenn darüber“ (schlägt der Entwurf vor), „ob eine Abgabe ganz oder theilweise die Berechtigung zum Betriebe des Gewerbs betreffe, oder über das Verhältnis der Theilung bei gemischten Abgaben Streit entsteht, so soll der richterlichen Entscheidung, sobald Einer der Interessenten bei der Regierung darauf anträgt, eine Regulierung auf administrativem Wege vorangehen.“ Darauf wird nun zwar auch eine Kommission Sachverständiger für die Vorarbeiten vorgeschlagen; nichtsdestoweniger bleibt aber der Verwaltung so viel Einfluß, daß die Müller in den meisten Fällen den Kürzeren ziehen würden. Es steht demnach zu hoffen, daß dieser Entwurf, sollte er ja noch vorgelegt werden, von der Versammlung verworfen werden wird. — Ueber die gestrige Lustfahrt der Abgeordneten nach Potsdam circuliren mannigfache, mitunter ziemlich wunderliche Gerüchte und Erzählungen. Alle stimmen darin überein, daß die Herren in ihrem Leben noch nicht so viel Staub verschluckt haben dürften, als diesmal. Auch über die vielen Hohheiten und Ungezogenheiten, deren sich das Potsdamer Publikum und viel Soldaten (Offiziere nicht ausgenommen) gegen die vorüberfahrenden Abgeordneten zu Schulden kommen ließen, herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Dagegen zerbricht man sich über die Veranlassung zu der Einladung sehr die Köpfe. Während die Einen der Ansicht sind, der König habe damit seine Zufriedenheit mit dem Verfassungs-Entwurf zu erkennen geben wollen, glauben Andere, die staubige Spazierfahrt hänge mit der deutschen Frage zusammen, und was dergleichen diplomatische Tiefinnigkeiten mehr sind. Nur Wenige halten die Einladung für keine Demonstration, und ich glaube, diese grade haben Recht.



Se. Majestät soll ziemlich wohl und heiter ausgefallen und sich mit einer großen Anzahl Abgeordneter längere Zeit unterhalten haben. Aus mehreren seiner Äußerungen soll aber auch hervorgegangen sein, daß der König hinsichtlich der letzten Berliner Vorfälle wegen der schwarz-weißen Fahnen u. s. w. ganz und, wie es scheint, geflissentlich falsch unterrichtet worden ist.

**## Berlin, 30. Juli. [Konflikte.]** Die gestrigen tumultuarischen Demonstrationen haben (nicht wie ich Ihnen in dem heut. Briefe meldete, bis 12, sondern) bis 2 Uhr in die Nacht gedauert. An dem Eingange in die Louisenstraße ist die Bürgerwehr gegen einen Haufen von etwa 300 Menschen eingeschritten, welche das Lied sangen: Was ist das deutsche Vaterland. Sie haben jedoch nur von den Kolben Gebrauch gemacht. Eine Maßregel, welche viel Erbitterung erzeugt hat, ist die ebenfalls am gestrigen Abend vorgenommene Entwaffnung von 5 Studenten durch etwa 50 Constabler. Wir befürchten, wie gesagt, einen ernstlichen Zusammenstoß. Ueberall hört man: „Heut Abend politische Ecke!“ d. h. heute Abend findet euch unter den Linden ein. Alle, welche bereits die schwarz-roth-goldene Kokarde abgelegt, haben selbige wieder angesteckt.

**Berlin, 31. Juli. [Tagesbericht des Korrespondenz-Bureaus.]** Wie schon berichtet, waren die Mitglieder der Nationalversammlung gestern zur königl. Tafel geladen; sie hatten sich sehr zahlreich eingefunden und selbst die Mitglieder der äußersten Linken fehlten nicht. Die Prinzen waren bei der Tafel zugegen; eine besondere Vorstellung der Deputierten erfolgte nicht, nur einige Mitglieder der Rechten, welche es besonders wünschten, wurden Sr. Majestät vorgestellt. — Bei unseren Gerichten wird nächstens ein sehr wichtiger Rechtsfall zur Entscheidung gelangen, ein Fall, in dem es sich darum handelt, ob ein preussisches Gericht die französische Februar-Revolution und die provisorische Regierung anzuerkennen geneigt ist, oder nicht. Ein hiesiger Banquier ist aus dem Indossament eines in Paris zahlbaren und am 3. März fällig gewordenen Wechsels in Anspruch genommen. Bekanntlich hatte ein Dekret der provisorischen Regierung alle in der Zeit vom 22. Februar bis 15. März fällig gewordenen Wechsel um 10 Tage verlängert. Der hiesige Beklagte will jedoch diese durch eine revolutionäre Regierung ausgesprochene Prolongation als für ihn bindend nicht anerkennen und erklärt den Wechsel für präjudicirt. Ist das erkennende Gericht gleicher Meinung, was um so eher möglich sein dürfte, als die provisorische Regierung zur Zeit jenes Dekrets dieselbe noch nicht anerkannt war, so hat der Wechsel die Wechselkraft verloren. — Gestern fielen keine Ruhestörungen vor, man sah aber auch nirgends die schwarz-weiße Fahne. In der von dem konstitutionellen Klub gehaltenen Volksversammlung machte besonders die Rede des Dr. Freese, der in der jetzt schwebenden preussisch-deutschen Frage auch die Frage der politischen Freiheit erörterte, einen tiefen Eindruck. Der Tagesbefehl Sr. Majestät an die Truppen, welcher mit den Worten: „Soldaten! Ueberall, wo preussische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach Meinem Befehle Sr. kaiserl. königl. Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet ihr den Ruhm preussischer Tapferkeit und Disciplin treu bewahren, siegreich bewahren!“ schließt, befriedigt nur einen sehr kleinen Theil; im Allgemeinen stößt man sich an den Worten „nach Meinem Befehl“ und sieht in diesen Worten eine Nichtanerkennung der Souveränität des Reichsverwesers. Die Berliner Studentenschaft erläßt heute einen Aufruf an „das Volk von Berlin“, in welchem sie unter Anderem dem Volke zuruft: „daß wie Deutschlands Einheit ohne Preussens Anschluß ein Unding ist, dieses für immer als Staat der Intelligenz seine Größe verschert hat, wenn es zu sehr trogend auf die eigne Kraft, die schon zur Einigung gebotene Hand wortbrüchig zurückzieht, ohne Acht, daß nicht von unnatürlichen Aufopferungen, sondern von notwendiger Hingebung an den Gemeinwillen die Rede sein kann.“ — Es wird uns erzählt, daß der Reichskriegsminister v. Peucker sich in einem Privatbriefe dahin ausgesprochen habe, daß er nicht begreifen könne, wie Preußen nur einen Augenblick Anstand zu nehmen vermöge, seine Truppen dem Reichsverweser huldigen zu lassen. Es sei das Geringste, was man zum Unterpfande für die deutsche Sache von Preußen habe verlangen müssen; man habe zuerst die Absicht gehabt, einen Eid zu verlangen und begnüge sich jetzt mit einem Hurrahruf der Truppen als Zeichen der Anerkennung und Huldigung. Wenn man diesem Verlangen nicht stattgeben werde, so sei er gewillt, seinen Abschied zu nehmen. — Gegen das Institut der Constabler giebt sich eine immer größere Mißstimmung kund; vorzüglich fällt es auf, daß in der Nähe des Hippelschen Wein-Lokals und des Café des artistes, den Aufenthaltsorten der Mitglieder der Linken, Abends Constabler aufgestellt sind, welche in ihrer Unverschämtheit so weit gehen, sich unter die Fenster zu stellen

und zu horchen, was in den Zimmern gesprochen wird. — Der „Kraakehler“ theilt in seiner letzten Nummer ein Schreiben des Obersten der Schutzmanschafft, Hrn. Kaiser, mit, in welchem derselbe sich entschuldigt, daß er bei Unterzeichnung des Briefes an die Redaktion die unangemessene Form dieses Schreibens übersehen habe; Hr. Kaiser erklärt in diesem Schreiben, daß er sich die Zusendung der bedeutenderen Tagesblätter, wie sich von selbst verstehe, unter den gewöhnlichen Abonnements-Bedingungen erbeten habe, um aus deren Besprechungen des neuen Institutes der Constabler das Mangelhafte desselben kennen zu lernen und abzustellen. — Von dem Abgeordneten Jung erscheint binnen Kurzem eine Broschüre, welche die Flugschrift des Hrn. v. Griesheim: „Die deutsche Centralgewalt und die preussische Armee“ sehr scharf kritisiert. — Börse bei geringem Geschäft wenig verändert.

Heute Mittag haben die Studirenden der hiesigen Universität in feierlichem Zuge zwei schwarz-roth-goldene Fahnen auf dem Balkon des Universitätsgebäudes aufgezogen; das zahlreich herbeigeströmte Publikum stimmte enthusiastisch in das der deutschen Einheit ausgebrachte Hoch! ein. — Das Gerücht, daß der Reichsverweser den bekannten Erlaß seines Kriegsministers verläugnet habe, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Das Gerücht, obgleich in verschiedenen, selbst öffentlichen Versammlungen und Kreisen verbreitet, stammte doch, wie sich nachher herausstellte, aus einer und derselben Quelle und scheint mit jenem leidenschaftlichen Treiben der Borussia manen zusammenzuhängen, die sich auch nicht scheuen, falsche Gerüchte auszustreuen, wenn sie glauben, daß sie ihren separatistischen Tendenzen förderlich sein können.

(Nat.-Z.)

**Potsdam, 31. Juli. [Die Abgeordneten bei Sr. Majestät.]** Von Seiner Majestät dem Könige eingeladen, trafen gestern Abend gegen 5 Uhr die Mitglieder der preussischen Abgeordneten-Versammlung mit einem königlichen Extrazuge hier ein, bestiegen am Wildpark die in Bereitschaft gehaltenen Equipagen und besuchten nun, geführt von dem königlichen Garten-Direktor Lenné, die schönsten Punkte der hiesigen Gärten, wonach sie um 7 Uhr in dem Grottenaal des neuen Palais von Ihren Majestäten dem Könige und der Königin im Beisein der hier anwesenden königlichen Prinzen begrüßt wurden. Nachdem die Majestäten sich bis gegen 8 1/2 Uhr mit Ihren Gästen auf das freundlichste unterhalten hatten, begaben sich diese wiederum zu Wagen durch den Garten von Sanssouci auf die Terrasse, von wo aus sie die Beleuchtung der Fontainen in Augenschein nahmen und gegen 10 Uhr mit einem Extrazuge nach Berlin zurückkehrten.

(Staats-Anz.)

**† Pleschen, 31. Juli. [Bedenkliche Anzeichen.]** Die amtlichen Berichte nennen das Großherzogthum pacifizirt und dem Scheine nach haben sie Recht; die Straßen sind sicher geworden und die Geschäfte der ordentlichen Behörden gehen ihren regelmäßigen Gang. — Schon seit längerer Zeit aber bemerkt man, daß nämlich reitende Boten und Wagen mit jungen Leuten die Straßen beleben, ältere Leute die jeden Gutsbesitzer des Kreises kennen, stoßen viel auf ihnen unbekannte Gesichter, etwas was bei der isolirten, von jeder großen Straße entfernten Lage Pleschens nur vorgekommen ist, wenn Vorbereitungen zu politischen Bewegungen im Gange waren und Besprechungen des Uebels nöthig machten. Täglich hört man, daß Soldaten des hier stationirten siebenten Infanterie-Regiments, welches zur Hälfte aus Polen besteht, von polnischen Bürgern einzeln und zu Dutzenden in die Schenken geführt, dort mit geistigen Getränken überfüllt und mit dem Inhalt von gewissen Brochüren bekannt gemacht werden.

**Köln, 30. Juli, Mittags. [Fest zu Ehren des Reichsverwesers.]** Wir begehen so eben die Feier zu Ehren des deutschen Reichsverwesers, und in dem Augenblicke, da ich schreibe, schallt der Kanonendonner zu mir herüber, und alle Thürme antworten der gewaltigen Stimme des Domes. Schon der gestrige Abend war der Vorfeier gewidmet. Die Glocken verkündeten den kommenden Festtag, die Kanonen donnerten durch die laue Abendluft, und sämtliche Musik-Chöre der Bürgerwehr hatten sich zu einem großen Zapfenstreich vereinigt. Heute fand zunächst eine kirchliche Feier und namentlich im Dome ein feierliches Hochamt mit Te Deum statt. Gegen 11 Uhr rückte die gesammte Bürgerwehr zu großer Parade auf den Neumarkt. Es gewährte einen erfreulichen Anblick, diese Tausende bewaffneter Männer zu sehen, wie sie mit fliegenden Fahnen von allen Seiten heranzogen, und diese dichten Massen von Zuschauern, die das Fest herbeigeloct hatte. Das Gefühl der Freude ruhte unverkennbar wie selten über unserer Stadt. Das Bewußtsein der deutschen Einheit, dies mußte auch dem flüchtigen Beobachter klar werden, ist auch bei uns lebendig, und auch dieser Tag, so hoffen wir, wird für die Stärkung desselben nicht verloren sein.

(Köln. Z.)

## Deutschland.

**Frankfurt, 28. Juli. [Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.]** In der heutigen Sitzung wurde zunächst auf Antrag der preussischen Abgeordneten eine Adresse beschlossen, welche nach Berlin geschickt werden soll, um im Namen aller Congressmitglieder die lebhafteste Theilnahme derselben an dem von der Nationalversammlung in Berlin und vom preussischen Kabinete gefaßten Beschlusse auszusprechen: eine Gewerbeordnung einzuführen und zu diesem Zweck auch Männer aus dem Handwerkerstande nach Berlin zu berufen, um deren Rathschläge und Wünsche zu vernehmen. Der Congress betrachtet den erwähnten Plan zur Einführung der Gewerbeordnung in Preußen als den ersten Schritt der Losung von einem mit verhängnisvoller Konsequenz verfolgten falschen und volksverderblichen Prinzip, und der Ausdruck so vieler, aus den verschiedensten Theilen des deutschen Vaterlandes zu dem nun auch in Preußen als nothwendig erkannten Ziel vereinigten Volksvertreter, wird nur dazu beitragen können, die öffentliche Meinung über den in Preußen bevorstehenden und auf ganz Deutschland sicherlich einen tiefen Eindruck hervorbringenden Wendepunkt des sozialen Lebens noch mehr zu kräftigen. — Ferner führten die heutigen Verhandlungen zu dem Beschlusse: daß Staats- und Kommunal-Arbeiten, wie Lieferungen, künftig weder an den Mindestfordernden, noch in Submission vergeben, sondern in Uebereinkunft mit den Staatsbehörden von den Innungen abgeschätzt und an die verschiedenen Gewerksmitglieder der Reihenfolge nach vertheilt werden; endlich daß dem betreffenden Beamten bei Abnahme solcher Arbeiten und Lieferungen jedesmal praktische Meister zur Seite stehen sollen. — Mit dem vom Ausschusse ins Programm der Grundlinien zur künftigen allgemein-deutschen Gewerbeordnung aufgenommenen Paragraph, die Vertretung der Innungen durch Spezialkammern und durch eine allgemein-deutsche Handwerkskammer, so wie das ausschließliche Recht der innern Selbstverwaltung durch die Innungen betreffend, erklärte sich die Versammlung ebenfalls zufrieden und wählte eine Kommission, welche über Schutzölle, über Begünstigung der Einfuhr des in Deutschland gar nicht oder nicht hinlänglich erzeugten Rohmaterials, und endlich über Handelsverträge mit dem Auslande Bericht abstellen soll. (F. Z.)

**Freiburg, 25. Juli.** Der Minister v. Wessenberg, der seit einigen Tagen in unserer Nähe auf seinem Gute zu Feldkirch im Dreisgau weilte, ist heute hier eingetroffen und wird morgen von hier nach Wien abgehen.

(Fr. Z.)

**Dresden, 29. Juli.** Die Regierung hat in den letzten Tagen 2 Requisitionen aus Gera empfangen, welche um Unterstützung gegen die mit Aufruhr drohenden Bauern baten. In Folge dessen sind Staatsminister Oberländer und General Buttlar nach Gera geeilt, um sich persönlich von dem Stande der Dinge zu überzeugen.

(D. Z.)

## Oesterreich.

**Wien, 31. Juli.** Die heutige Wiener Zeitung enthält folgende Proklamation:

An die Bewohner Wiens. In der Stunde des Scheidens aus Eurer Mitte, in dem Augenblicke, wo eine unabwiesliche Pflicht mich an den Antritt meines Amtes als Deutscher Reichsverweser mahnt, ist es meines Herzens dringendes Bedürfnis, einige Worte der Liebe an Euch zu richten. — Nehmt vor Allem meinen tiefgefühlten Dank für die herzliche Zuneigung und das schöne Vertrauen, welches Ihr mir so oft bewiesen; übertragt dieses Vertrauen nun an den verfassungsgesetzgebenden Reichstag, vertraut auf den reblischen Willen und die feste Gesinnung des Ministeriums, welches die Aufgabe der Vermittelung zwischen Thron und Volk mit den Vertretern desselben theilt; fahret fort mit rühmlichem Eifer Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit zu wahren; beweiset der Welt, daß der Oesterreicher das neue kräftige Bewußtsein der Freiheit mit der alten Liebe und Treue zu seinem Kaiser zu vereinen wisse. — Wenn gleich mein Herz für das große Deutsche Vaterland erglüht, so werde ich doch stets an der geliebten Heimat hängen, und auch in meinem neuen Berufe nie aufhören, für das mir theure Oesterreich und für Euer Wohl zu wirken, so viel in meiner Macht liegt.

Erzherzog Johann m/p.

Ferner enthält dasselbe Blatt folgende amtliche Artitel: 1. „Nachdem Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Johann seiner unabwieslichen Pflicht als Deutscher Reichsverweser folgend, Wien verlassen hat, um seinen bleibenden Aufenthalt in Frankfurt zu nehmen, hat er zugleich sein Amt als Stellvertreter Sr. Majestät für vollbracht erklärt. Um nunmehr die fortwährende Verbindung mit dem constitutionellen Monarchen zur Ausübung der Regierungs-Geschäfte zu unterhalten, hat der Ministerrath beschlossen, den Minister des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe nach Innsbruck zu schicken.“

II. In der Reichstags-Sitzung vom 28. Juli Vormittags 11 Uhr hielt der Minister des Innern folgenden Vortrag, welchen wir hier größtentheils wieder geben: Vor einigen Tagen wurde an das Ministerium eine Interpellation darüber gerichtet, welche Vorkehrungen es getroffen, um die Rückkehr Sr. Majestät nach Wien zu bewirken. Das Ministerium hatte die Ehre, der hohen Reichsversammlung zu eröffnen, daß



es unmittelbar nach dem Antritte seines Amtes von der Wichtigkeit dieses Gegenstandes durchdrungen, die geeigneten Schritte gethan, und bei der bevorstehenden Abreise des bisherigen Stellvertreters Sr. kais. Hoheit Erzherzog Johann durch eine eindringliche Vorstellung Se. Majestät gebeten habe, baldmöglichst in Ihre Haupt- und Residenz-Stadt zurückzukehren. (Nun folgt der Wortlaut der ministeriellen Vorstellung, welche wir aber übergehen, da wir den Hauptinhalt in der gestrigen Zeitung mitgetheilt haben.) Vorgestern Abends ist nunmehr dem Ministerium durch den aus Innsbruck zurückgekehrten, mit dieser Spezial-Mission beauftragten gewesenen Courier die Antwort Sr. Majestät auf die gedachte Vorstellung zugekommen. Dieses allerhöchste Handschreiben, welches nicht den Charakter eines unter der Verantwortlichkeit des Ministeriums begriffenen Regierungs-Aktes hat, sondern den Ausdruck einer persönlichen Eröffnung Sr. Majestät enthält, spricht insbesondere die Willensmeinung Sr. Majestät aus, daß dasselbe seinem vollen Inhalte nach dem hohen Reichstage vorgelegt werde. Der Inhalt desselben ist folgender:

„Ich habe Meinen Oheim, den Erzherzog Johann beauftragt, bei der Eröffnung des Reichstages Meine Person zu ersetzen. Von diesem Augenblicke an ist der Reichstag vollkommen berechtigt, mit seiner definitiven Organisation und seinen legislativen Befugnissen sich zu beschäftigen. Die verantwortlichen Minister, welche alle sich in der Hauptstadt befinden, sind mit den, ihren respektiven Plätzen zustehenden Vollmachten versehen. — Bevor der Reichstag seine Gesetze nicht festgestellt hat, ist Meine Gegenwart oder Meines althergebrachten Ego nicht notwendig. — Vor Allem aber muß Ich die Ueberzeugung gewinnen, daß das freie Handeln der gesetzgebenden Versammlung in jeder Hinsicht gesichert ist. Diesen Beweis väterlicher Fürsorge und Liebe in der Bewahrung ihrer Rechte glaube Ich Meinen geliebten Unterthanen schuldig zu sein. — Geben meine Erwartungen in Erfüllung, so werde Ich ungesäumt Meinen geliebten Bruder Erzherzog Franz Karl an Meines Oheims Erzherzog Johann Stelle als mein althergebrachter Ego nach Wien senden und dadurch Seinem herzlichsten Wunsche entgegen kommen, so schmerzlich es Mir auch fällt. Seine Mir so treu geweihte Sorgfalt zu entbehren. — Ich beauftrage Mein Ministerium, diese Meine Zuschrift in ihrem ganzen Umfange dem Reichstage mitzutheilen. — Innsbruck, am 25. Juli 1848.

Ferdinand m. p.

Das Ministerium hat aus dieser allerhöchsten Mittheilung unter schmerzlicher Berührung seiner patriotischen Gefühle entnommen, daß Se. Majestät sich nicht bewogen gefunden haben, der Bitte, baldigst in die Burg ihrer Ahnen zurückzukehren, zu willfahren. — Das Ministerium muß es offen aussprechen, daß es nur dann, wenn der regelmäßige und unmittelbare Verkehr mit dem konstitutionellen Staatsoberhaupt hier im Mittelpunkte des Staates dauernd gesichert ist, in der Lage wäre, seine Aufgabe, eine kräftige Regierungsgewalt zu organisiren, mit Erfolg durchzuführen. — Es hält es demnach für seine Pflicht, die hohe Reichsversammlung selbst zu einer entscheidenden Maßnahme in dieser für das Gesamtwohl unseres Vaterlandes so wichtigen Angelegenheit einladen zu sollen. Das Ministerium erachtet daher den Antrag stellen zu sollen: Die hohe Reichsversammlung möge beschließen: „Es Sr. Majestät durch eine Adresse der Reichsversammlung die dringende Nothwendigkeit Allerhöchstihre baldigste Rückkehr in die Haupt- und Residenzstadt vorstellen und darin insbesondere die bestimmte Erklärung niederzulegen, daß das freie Handeln der konstituierenden Reichsversammlung in jeder Hinsicht gesichert ist und sei diese Adresse durch eine aus der Mitte der Versammlung zu wählende Deputation unverzüglich an Se. Majestät zu befördern. — (Daß diese Adresse bereits abgefaßt und von der Reichsversammlung votirt, so wie daß die Deputation, welche sie überbringen soll, schon ernannt worden sei, haben wir in der gestrigen Bresl. Ztg. gemeldet.)

**\* Wien, 31. Juli.** [Abreise des Reichsverwesers. Es bereitet sich eine neue bedenkliche Krisis. Abreise der kroatischen und ungarischen Hauptlinge.] Die Abreise des Erzherzogs Johann, der uns gestern in Mitte einer zweiten noch größeren Krisis verließ, wird, sobald sie in allen Vorstädten bekannt ist, neue Betrübnis erregen. Das Ministerium, das sich, diese Lage voraussehend, und um Zeit zu gewinnen, vor der Hand auf die Klubs und den Sicherheits-Ausschuß stützt, hat schwere Prüfungstage in Aussicht. Es bereitet sich eine neue Krisis vor. Schon seit 2 Tagen sind die Arbeiter ins Interesse gezogen, und so durchzogen gestern 20,000 Mann die Stadt und Vorstädte, um angeblich einer Feldmesse auf dem Glacis, welche der Prof. Fister abhält, beizuwohnen. Andererseits wird nun auch in der Tagespresse die Person des Kaisers selbst, welche bisher verschont war, in die Verhandlungen gezogen, und so der letzte Nimbus der Majestät zerstört. Wir sehen traurigen Tagen entgegen. Alle Symptome eines nahen Ausbruchs neuer Volksbewegungen sind vorhanden. — Vor der Abreise des Erzherzogs Johann hatten die ungarischen Minister Fürst Esterhazy, Graf Batthany und Herr v. Mailath noch eine Konferenz mit dem Banus von Croatien, Bar. Jellachich, welcher der Erzherzog bewohnte. Heute sind auch diese Minister, so wie der Banus abgereist. So viel man weiß, ist auch über diese verhängnisvolle

kroatische Frage, welche so wichtig für die Zukunft Oesterreichs, als die italienische ist, noch keine definitive Pazifikation zu Stande gekommen. Beide Theile legen die Vorschläge den Repräsentanten ihrer Völker vor. Der Banus von Croatien aber hat kein Jota in seinen gerechten Anforderungen nachgegeben.

**\*\* (Kriegsschauplatz.)** Zufolge der neuesten Nachrichten aus dem Hauptquartiere des Feldmarschalls Grafen Radetzky vom 27. Juli Abends fand an diesem Tage eine große Schlacht zwischen Carl Albert und unserer Armee bei Volta statt. Der König wurde abermals aufs Haupt geschlagen, und fand sich in Folge dessen veranlaßt, um einen Waffenstillstand zu bitten. Der Marschall bewilligte denselben bis zum 28ten unter der Bedingung, daß Carl Albert Wendig, Peschiera und Osopo übergiebt und sich hinter die Adige zurückzieht. Carl Albert wird diese Bedingungen eingehen, um nur einen Theil seiner Armee nach Piemont zu retten.

**§§ Pesth, 29. Juli.** [Neue Verwickelungen. Die Rekrutirung der ungarischen Armee von 200,000 Mann.] Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Herzog von Modena dem Banus Jellachich 200,000 Gulden zur Fortsetzung seiner feindlichen Rüstungen gegen Ungarn dargeliehen hat. Auch der junge Fürst Obrenowich hat sich in intimen Verkehr mit Jellachich gesetzt. Dieser beabsichtigt, seine Residenz aus Agram nach Warasdin zu verlegen. Am 20ten war er in der Festung Peterwardein, wo er mit dem ungarischen k. Commissär, FML. v. Grabowsky, eine vertrauliche Unterredung gehabt hat. Am 26ten ist er in Wien eingetroffen, wo der Erzherzog Stephan und der ungarische Premierminister, Graf Ludwig Batthany sich ebenfalls befinden. Im Banat herrscht seit dem 18ten eine Waffenruhe, welche erst nach dem, übrigens sehr wahrscheinlichen Fehlschlagen der Wiener Unterhandlungen den erneuten Feindseligkeiten Platz machen wird. Der Erzherzog Stephan und der Premierminister Batthany werden heute oder morgen hier zurück erwartet. (S. oben Wien.) Gestern und vorgestern war im Hause der Deputirten geheime Sitzung. Der Kriegsminister Messaros legte den Entwurf der Rekrutirung vor, welcher aber so ungünstig aufgenommen wurde, daß man eine Ministerkrisis für bevorstehend hält, wenn das Ministerium den Entwurf nicht zurücknimmt. Doch glauben wir, daß das Ministerium, welches eine so immense Majorität für die Militärbewilligung gegen Italien hatte, auch jetzt durchdringen werde. Nach dem beregten ministeriellen Entwurf werden die neu auszuhebenden 200,000 Mann nicht als eine eigene ungarische Armee organisiert, sondern nach dem alten System den bereits vorhandenen Regimentern unter österreichischem Kommando eingereiht werden, so daß das neue ungarische Militär eben so wie das alte, anstatt der ungarischen Verfassung und Selbstständigkeit zum Schutze zu dienen, nach wie vor gegen dieselben von der österreichischen Regierung würde verwendet werden können. Von dem Augenblicke daher, wo das Haus der Deputirten den ministeriellen Entwurf angenommen haben wird, hat auch die sogenannte unabhängige ungarische Regierung den Todesstoß empfangen, die völlige Unterwerfung ist damit faktisch geschehen.

#### Donau-Fürstenthümer.

**Gallatz, 14. Juli.** [Die Türken mit den Russen vereint.] Eine Viertelstunde von unserer Stadt steht das türkische Lager, dessen Bevölkerung durch ankommende Truppen stündlich wächst. Die ganze Armee soll 12,000 Mann betragen und die Aufgabe haben, mit den Russen vereinigt zu operiren, welche bei Berlad stehen und etwa 20,000 Mann stark sein sollen. (Oesterr. Z.)

#### Großbritannien.

**London, 27. Juli.** [Aufstand in Irland.] Nach den neuesten hier eingegangenen Nachrichten aus Dublin vom gestrigen Tage, welche aus Liverpool durch den elektrischen Telegraphen gemeldet wurden, ist der Aufstand in Irland jetzt wirklich ausgebrochen. „Die Grafschaften Thurles, Clonmel und Kilkenny stehen“, wie die betreffende Depesche meldet, „unter Waffen“. Der ganze Süden ist im Aufstande. Die Eisenbahn-Station zu Thurles steht in Flammen, die Eisenbahnschienen sind mehrere Meilen weit ausgehoben, und alle ankommenden Lokomotiven werden zurückgehalten. In Clonmel ist es zum Kampfe gekommen. Das Volk hat sich in Masse erhoben. Die dubliner Klubbanführer sind dort. Die Truppen wurden bald überwältigt; viele wickerten sich zu kämpfen. Das Militär in Carrick hat Unzufriedenheit gezeigt und ist aus seinen Quartieren vertrieben worden, welche darauf in Brand gesteckt wurden. In Kilkenny dauert der Kampf noch fort, und es heißt, das Volk siege auch hier. Keine Nachrichten aus Waterford und Cork.“ Gestern wurde von drei Chartisten in Dublin ein Polizeimann durch Dolchstiche auf offener Straße ermordet.

Smith O'Brien hielt am Montage große Heerschau über die bewaffneten Klubs in Kilkenny, und er befindet sich jetzt in der Grafschaft Tipperary, wo er erklärt hat, daß, wenn das Volk zu ihm stehe, er sich nicht lebendig gefangen geben werde. Die Fonds stiegen in Dublin gestern um 1 1/2 pCt. Der Lord-Lieutenant hat nach dem neuen Gesetz Verhaftungs-Befehle gegen alle leitenden Agitatoren erlassen.

**London, 28. Juli.** In Irland ist bis jetzt kein Blut geflossen, als das eines armen Polizeibieners in Dublin, welcher drei bewaffnete Klubbisten verhaften wollte. Sie brachten ihm mehrere Wunden bei; er aber packte zwei von ihnen so fest, daß sie sich nicht loswinden konnten und ins Gefängniß abgeführt wurden. Vorgestern Morgen erhielt der Lord-Statthalter das Gesetz über die zeitweilige Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte. Die Rechtsbeistände der Krone sind bei ihm auf dem Schlosse versammelt. Zehn Verhaftungs-befehle für Meagher, Dillon, Doherty u. s. w. sollen sogleich ausgefertigt werden; ferner hat L. Clarendon eine Proklamation ergehen lassen, worin er die Klubs als hochverrätherisch auflöst. Alle Oborgkeiten werden aufgefordert, gegen jede fernere Versammlung einzuschreiten; die Kriegsmacht habe überall Befehl, sie kräftig zu unterstützen. An demselben Tage landeten neue Truppen aus England. Die Aufregung ist an verschiedenen Punkten sehr groß. Die neuesten Nachrichten aus Irland sind folgende:

„Cork, Donnerstag Mittag. Alles ist in Bewegung. Das 26te und 70ste Regiment und die Lanzenreiter sind schlagfertig aufmarschirt. Niemand, als die Behörde, weiß die Veranlassung.“

„Cashel, Mittwoch Abend. Alle Soldaten sind unter den Waffen. Die Polizeimannschaft ist aus allen kleineren Orten nach Cashel zusammen gezogen und wird über Nacht bewaffnet bleiben.“

„Dublin, Donnerstag Abend. Der Chartist Patrick O'Higgins ist verhaftet. Man fand in seiner Wohnung einen weitläufigen Briefwechsel mit den englischen Chartisten und bedeutende Waffenvorräthe. Acht Personen wurden verhaftet, die man beschuldigt, sich gegen das Leben dreier Polizeibeamten verschworen zu haben. O'Brien und Meagher eilen im Süden umher, um aufzureizen. O'Gorman musterte die Klubs in Limerick, welche allnächtlich zusammen kommen und sich rasch erweitern. In Carrick werden beständig auf zwölf Ambossen Pfiken geschmiedet. Bis jetzt hat sich erst ein einziger Klubb in Renagh aufgelöst. Waterford ist ruhig. Die Truppen sind völlig treu und muthig. Napier's Flotte ist in der Bai von Cove vor Anker gegangen. Die Bürger in den Städten, namentlich die wohlhabenden, wollen größtentheils mit dem Aufstande nichts zu thun haben. Dagegen ist die Aufregung unter dem Landvolke im Süden und Westen sehr groß, und die englischen Gutsbesitzer flüchten in Angst in die Städte. Der tollköpfige Marquis von Waterford ist unverzagt und will seine Pächter, gegen die er sich immer freigebig gezeigt hat, für die Regierung bewaffnen. Von Woolwich sind Artillerie und Raketen nach Irland abgegangen. Man darf stündlich die Entscheidung in Irland erwarten.“

Dem Verbreiter der gestrigen Lügen ist man auf der Spur. Die wirkliche Lage Irlands ist aber schlimmer, und die Kosten, welche die völlige Beruhigung des Landes machen wird, sind so bedeutend, daß die Börse heute flau war.

#### Frankreich.

**Paris, 28. Juli.** [Nationalversammlung. Sitzung vom 28. Juli.] Die Sitzung wird um 2 1/4 Uhr eröffnet. Gerard legt eine Petition des Herrn Joyeux, Abonnenten der Presse, vor, der die Aufhebung des auf diesem Blatte lastenden Verbots und die Freiheit Abd-el-Kaders verlangt. (Heiterkeit.) An der Tagesordnung ist wiederum das Klubb-Gesetz. Der Art. 16 handelt von den kompetenten Gerichten und weist einen Theil der Vergehungen gegen das eben angenommene Gesetz dem Zuchtpolizeigerichte, einen Theil der Jury zu. Mehrere Amendements verlangen, daß in dieser Frage nur die Jury urtheilen solle. Dieser wichtige Gegenstand erregt die Aufmerksamkeit der Versammlung in hohem Grade. Dupont de Bassac weist mit vielem Geiste und großer Schärfe nach, wie man auf dem Wege sei, eine viel willkürlichere und retrogradere Gesetzgebung zu machen, als sie unter dem Kaiserreiche, der Restauration und Louis Philipp bestanden habe. Er weist nach, daß es sich bei allen Uebertretungen dieses Gesetzes nicht bloß um die materiellen Thatfachen, sondern um die Beurtheilung der Absichten und Tendenzen handle und daß jede solche Beurtheilung, wo so vieles dem Gewissen der Richter überlassen bliebe, nur den Geschwornen, den Mitbürgern des Angeklagten, nicht den nur nach dem Buchstaben des Gesetzes erkennenden Richtern gehöre. (Fortsetzung in der Beilage.)

\*) Diese neueren Nachrichten der Königlich-Zeitung widersprechen größtentheils den vorangehenden, dem Staats-Anzeiger entnommenen Meldungen. Die nächste Post wird uns wohl über diese Widersprüche Aufklärung verschaffen. Red.

Mit einer Beilage.



(Fortsetzung.)

Baze nimmt nach ihm das Wort und sucht seine Behauptungen zu widerlegen. Bei Postschluß spricht er fort und die Diskussion wird heute schwerlich beendigt werden.

[Der konservative Klub.] Das Auftreten des Herrn Thiers und die darauf folgende Lektion von Seiten des Herrn Conseil-Präsidenten Cavaignac fangen bereits an ihre Früchte zu tragen. Der parlamentarische Klub der Rue Poitiers, aus dem Thiers sich eine Armee schaffen wollte, um die Versammlung zu beherrschen und durch sie zur Regierung zu gelangen, zählte unter seinen 360 bis 400 Mitgliedern viele aufrichtige Republikaner, die ihr Widerwille gegen Anarchie und Desorganisation bewogen hatte, sich dem Verein anzuschließen, der damals (vor den Juni-tagen) allein das konservative Element vertrat. Jetzt haben sich die Umstände geändert: die Anarchie ist besiegt, die Regierung stark und energisch, die Ruhe und Ordnung sind gesichert und die Unbefangenen sehen täglich mehr ein, daß der Klub der Rue Poitiers jetzt keinen andern Zweck mehr hat, als ein Werkzeug für die ehrgeizigen Pläne des Herrn Thiers und für die reaktionären Bestrebungen der Feinde der Republik zu sein. Seit zwei Tagen sind bereits 37 Mitglieder aus dem Klub der Rue Poitiers ausgetreten und haben sich an den unter Marrast und Fr. Arago's Leitung stehenden „Klub des Instituts“ angeschlossen, und wenn dieser Abfall so fort dauert, so wird der Klub der Herren Thiers und Baraguay d'Hilliers bald nur noch auf die 120 Deputirte der ehemaligen Linken Odillon-Barrois, etwa 40 Legitimisten und einige wenige Anhänger Ludwigs Philipps beschränkt sein.

[Polizeiliche Bekanntmachung.] Der neue Polizei-Präsident Ducour schlägt einen sehr lobenswerthen Weg ein. Er erklärt in einer Proklamation: das beste Mittel, um Handel, Industrie und Kredit wieder zu heben, sei das Vertrauen. Dieses aber hänge davon ab, daß die größte Oeffentlichkeit herrsche, damit alle beunruhigenden Nachrichten und sonstigen Umtriebe Derjenigen, die gerne durch Angst und Schrecken allen Verkehr lähmen wollen, in ihr Nichts zerfallen. Als Schildwache der öffentlichen Sicherheit habe er es daher für seine Pflicht, dem Publikum fortlaufend von fünf zu fünf Tagen anzuzeigen, was in dem Bereiche der Polizei-Präfectur vorgekommen sei. Das Publikum könne dann alle Gerüchte an dieser offiziellen Quelle gleich selbst prüfen. Die Marnen würden endlich auf ihr Treiben ohne Erfolg verzichten und Frankreich, das Land des Muthes und der Ehre, werde nicht mehr durch einen panischen Schrecken ausgebeutet werden. Aus dem angeschlossenen ersten Berichte heben wir folgende Daten hervor: Die Arbeiten beginnen in allen Industriezweigen mit Thätigkeit. Am 22. Juli waren von 30,992 Arbeitern, die in Chambres garnies wohnen, schon 19,277 in den Ateliers und Fabriken ihrer Profession beschäftigt. Auch das Verfaßamt zeigt, daß die Lage sich bessert; es wurden vom 20. bis 24. Juli für 185,110 Fr. Effekten verfeßt, dagegen aber für 200,156 Fr. Effekten ausgelöst. — Die nach den Juni-tagen eingetretene Auswanderung aus Paris hat sehr abgenommen; vom 20. bis 24. Juli sind 2021 Pässe an Franzosen und 428 an Fremde abgegeben worden. Unter den Ersteren waren 519 Gratzpässe für Arbeiter, die in die Departements gehen, und eine große Anzahl in die Pyrenäen und andere Bäder visirt. — Die Hottels garni von Paris haben in den letzten fünf Tagen 4046 neue Bewohner erhalten, 4812 haben sie verlassen. — Zu keiner Zeit sind weniger Angriffe gegen Personen oder Eigenthum vorgekommen. Vom 20. bis 24. Juli sind 5 Angriffe gegen Personen und 7 gegen das Eigenthum angezeigt worden; die Anzahl der kleineren korrekionellen Vergehen war 35. — Die Anzahl der gewöhnlichen Gefangenen war am 20. Juli 3201, am 24. Juli 3282. — Die Anzahl der Juni-Gefangenen ist 9179. Ihr Gesundheitszustand ist vorzüglich. Im Ganzen sind nur zwei Todesfälle vorgekommen. Alle Gerüchte von Souverains, die nach Vincennes, nach dem Stadthause, nach den Gefängnissen gegraben würden, sind unwahr. Die Steinbrüche, in denen Tausende von Insurgenten stecken sollen, sind auf das Genaueste durchsucht worden. Die Katastrophen, aus denen man große Minen machen wollte, um Paris in die Luft zu sprengen, sind durch eine so dicke Erdschicht von der Oberfläche getrennt, daß das Pulver gar keine Wirkung ausüben würde; übrigens sind sie geschlossen und bewacht. Die nächtlichen Signale endlich, das unterirdische Geräusch und eine Menge anderer allarmirender Denunciationen haben sich bei genauer Untersuchung entweder als unwahr erwiesen oder ganz natürlich erklärt. Paris könne

daher ganz ruhig sein und vor Allem werde die Bevölkerung wohlthun, nicht mehr so leichtgläubig zu sein.

## Spanien.

Madrid, 23. Juli. Die Gaceta enthält heute Folgendes: „Die Königin, unsere Herrin, ist bereits durch Oesterreich förmlich und ausdrücklich anerkannt worden. Der General Jarco del Valle wurde zu Anfang dieses Monats durch den Erzherzog Johann, Vertreter des Kaisers, amtlich empfangen und am 9. sollte er sich nach Innsbruck verfügen, um in die Hände Sr. Majestät des Kaisers das Schreiben zu überreichen, welches ihn als bevollmächtigten Minister Ihrer katholischen Majestät bei jenem erhabenen Monarchen beglaubigt.“

Der Telegraph berichtet aus S. Idelfonso von gestern Abend 7 1/2 Uhr Folgendes: „Die Königin befindet sich fortwährend in der Besserung, ist diesen Nachmittag aufgestanden und hat in öffentlicher Audienz den Nuntius Sr. Heiligkeit empfangen, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte.“

## Niederlande.

Mastricht, 29. Juli. [Die Limburger Angelegenheit.] Gestern ist der niederländische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Lightenvelde, als außerordentlicher Kommissar dem Gouverneur für die Limburger Angelegenheiten zur Seite gestellt, in Maastricht angekommen, und er arbeitet sehr thätig mit der Behörde. In Folge der von Herrn Lightenvelde mitgebrachten Instruktionen hat der Gouverneur folgende Bekanntmachung erlassen:

„Der Gouverneur des Herzogthums Limburg bringt in Gemäßheit des ihm von der Central-Regierung zugegangenen Befehls zur Kenntniß der Einwohner dieser Provinz: daß ein am 19. Juli 1848 von der Frankfurter National-Versammlung gefaßter Beschluß bei vielen Personen die Meinung erregt hat, die Trennung des Herzogthums von den Niederlanden sei eine angenommene und anerkannte Thatfache; daß ein solcher Gedanke die Störung der Ruhe und die Mißachtung der gesetzlichen Gewalt zur Folge haben könnte; daß Sr. Majestät der König der Niederlande durch das Grundgesetz, so wie durch seinen Eid und durch die Verträge verpflichtet ist, Limburg nach den Gesetzen des Landes zu regieren und die Integrität des Gebietes des Königreichs zu erhalten; daß die gesetzliche Stellung Limburg's, wie sie seit acht Jahren ununterbrochen bestanden hat und allgemein anerkannt worden ist, nur mit Zustimmung des Königs und mit Genehmigung der gesetzgebenden Gewalt aufgehoben werden darf und kann. Limburger! Aus diesem Zustand der Dinge ergibt sich, daß die gesetzliche Autorität des Königs geachtet werden und bleiben muß. Bleibt also ruhig, fügt euch in die Ordnung und in das Gesetz. Euer wohlverstandenes Interesse und Limburg's Heil erheischen es. Unruhen und Gewaltthaten haben einem Lande oder einer Stadt niemals Glück gebracht, sondern stets zu Verderben und zahllosen Uebeln geführt. Wartet also still und ruhig, die Blicke auf die bestehenden Verträge gerichtet, die Regelung der Zukunft durch die hohen Betheiligten ab und seid alle bereit, euch jedem gewaltsamen Angriff gegen Personen, Eigenthum oder rechtmäßige Behörden zu widersetzen. Unter vollkommener Beobachtung der strengsten Manneszucht wird die bewaffnete Macht des Staats kräftig jeden Bruch der Ordnung und Ruhe, so wie jedes Attentat gegen die gesetzliche Gewalt, zu unterdrücken wissen. Ihr Beruf ist nicht, den Krieg in diese Länder zu tragen, sondern einzig und allein die Wirksamkeit der Gesetze und euer Aller Sicherheit geachtet zu machen. Und damit Niemand in Unkunde über das bleibe, was ihm zu wissen nöthig, verordnen wir, daß Gegenwärtiges in Form eines Plakates gedruckt und in allen Städten und Gemeinden des Herzogthums durch die Ortsbehörden angeschlagen und sofort nach Empfang, wie auch am folgenden Sonntag, öffentlich verlesen werde. Maastricht, den 28. Juli 1848. (gez.) E. van Meeuwen.“

## Italien.

In Genua ist am 24. Juli die sizilianische Deputation angekommen, welche dem Könige von Sardinien den Beschluß des Parlaments wegen Erhebung seines Sohnes zum Könige von Sizilien notifiziren soll. Auch macht Karl Albert bereits ernstlich Miene, die dargebotene fetten Beute zu verspeisen, denn in Palermo meldete am 21. Juli eine telegraphische Depesche die Ankunft dreier sardinischer Dampf-Fregatten vor Messina.

## Lokales und Provinzielles.

\* Breslau, 1. August. [Ernstliche Konflikte in Schweidnitz.] Schon heute früh hatte sich hier die Nachricht verbreitet, daß es in Schweidnitz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Bürgern und Militär gekommen ist. Nähere Nachrichten über die Ursachen dieses traurigen Konflikts sind uns vorläufig noch nicht zugegangen. So viel wir vernehmen soll er namentlich dadurch entstanden sein, daß der Festungs-Commandant die Zugbrücke hat aufziehen lassen, als die Bürgerwehr nach den Schießständen habe ziehen wollen, und sich auf ein Signal versammelt hat, das der Commandant nicht der Bürgerwehr gestatten wollte.

Es sammelte sich in Folge dessen eine Volksmasse vor dem Hause des Kommandanten und brachte demselben eine Kagenmüßel. Es wurde hierauf Generalmarsch geschlagen und das Militär soll ohne Kommando auf das Volk gefeuert haben. Es sind über hundert Schüsse gefallen und vier Personen auf dem Plage geblieben. Nach einer andern Nachricht sind fünf von der Schützen-Gilde und drei von der Bürgerwehr gefallen. \*) Auch sind viele gefährliche Verwundungen vorgekommen.

... ss Breslau, 1. August. [Studentenversammlung.] Die allgemeine Studentenschaft hat den Beschluß gefaßt, sich an der Feier des 6. August in corpore zu betheiligen und dieselbe durch einen Commerce im Verein mit dem Volksfeste zu begehen. Auch die akademische Legion wird sich der Parade der Bürgerwehr anschließen. In der fortgesetzten Debatte über die Errichtung eines Ehren- oder Schiedsgerichts machten sich die verschiedensten Ansichten geltend. Nur Wenige verwarfen dasselbe ganz, weil es ein Standesgericht sei. — Diese Ansicht wurde widerlegt, indem nachgewiesen wurde, daß in allen Vereinen dergleichen Schiedsgerichte nöthig werden und vorhanden sind. Die Einen verlangten nur, daß das Ehrengericht nur befugt sei, die objektive Ehre der Studentenschaft wieder herzustellen, wenn dieselbe durch eines ihrer Mitglieder besetzt worden ist, — die Anderen wollten, daß das Schiedsgericht auf Verlangen des Beleidigten kompetent werde auch persönliche Ehrenhändel zu schlichten. — Nach Verlesung eines Statuts für ein in allen Fällen kompetentes Ehrengericht, das hier 1845 ins Leben getreten war, dessen Wirksamkeit jedoch an der Reintenz des Eichhorn'schen Regiments scheiterte, — wurde der Vermittlungsantrag gestellt, das Ehrengericht solle über persönliche Beleidigungen entscheiden, wenn beide Parteien damit einverstanden sind. Die Korpsburschen erklärten, daß sie sich nie dem Ehrengerichte stellen würden.

\* Breslau, 1. August. [Der 6. August.] Dem Comité für das am nächsten Sonntag stattfindende deutsche Volksfest haben sich noch mehrere Bürger beigefügt, denen das Interesse der deutschen Sache am Herzen liegt. So die H. Siebig, Richter, Weberbauer u. m. a. — Das Fest wird auf der Scheiniger Wiese stattfinden; zum Sammelplatz für die Theilnehmer ist der Exercierplatz bestimmt. Der Zug, mit mehreren starken Musikschören und zahlreichen Fahnen, wird seinen Weg durch die Stadt nehmen. Das Fest wird abwechselnd durch Musik, Gesang und Reden in solenner Weise begangen werden. Aufgeschlagene Zelte und Erfrischungen werden den Theilnehmern die nöthige Bequemlichkeit gewähren. Der Beitrag zu den Kosten für Musik u. s. ist nur auf 1 Sgr. pro Mann festgesetzt. Die auszugebenden Karten werden die deutschen Farben tragen.

† Breslau, 1. August. Am 29. vorigen Monats früh wurde auf einem, ohnfern eines Dauschuppens, in der Besetzung Nr. 2, in der Schwertgasse, aufgeschütteten Spähne-Haufen ein aus Papier und Brenn-Schwamm bestehender Zunder gefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es auf den Dauschuppen, in welchem sich eine Menge Bauholz und Eisenbahn-Waggons befanden, abgesehen gewesen, doch ist der Brandversuch durch das Verlöschten des Schwammes mißglückt. — Am nämlichen Tage des Nachmittags wurde in einem Wasserloche bei Morgenau ein männlicher Leichnam gefunden, und in demselben ein 56 Jahre alter Nachtwächter erkannt. Er hatte zur Ueberwachung den Rittersplatz, und er mag sich wohl nur deshalb das Leben genommen haben, weil in der vorhergehenden Nacht daselbst ein bedeutender Geld-Diebstahl verübt worden war.

\* Aus der Provinz. [Truppenmärsche.] Am 30. Juli marschirte das seit 3 Monaten in Rosenberg garnisonirende, aus 80 Mann bestehende Kommando vom 11. Landwehr-Regiment nach Konstadt ab und eine Kompagnie vom 23. Landwehr-Regiment aus 250 Mann bestehend, welche wie verlautet zum Vorpostendienst gegen die unsern gelegene Grenze gebraucht werden soll, rückte daselbst ein.

\*) Ein uns so eben übergebenes Privat-Schreiben theilt mit, daß von der zur Herstellung der Ruhe herbeigeleiteten Bürgerwehr folgende Wehrmänner erschossen worden sind: Gastwirth Siegmund, Tischlermeister Gölzner, Tischlermeister Wagner, Schuhmachermeister Mollenhauer, Instrumentenmacher Brandeis, Drechslermeister Prosch und Schneidermeister Spauke; außerdem die schwangere Frau des Tischlermeister Hagedorn. Schwer verwundet ist der Kaufmann Ludwig, man zweifelt an seinem Aufkommen.



**Neumarkt, 21. Juli.** [Berichtigung des Artikels in Nr. 174 der Breslauer Zeitung.] Ohne die Genehmigung des Kirchenkollegiums pflanzte zc. Sartorius in seinem Patriotismus für Deutschland die Reichsfahne auf dem Kirchendache auf, und das Kirchenkollegium hat diese Fahne herunter nehmen lassen. Voila tout. — Die Herabnahme der Fahne erfolgte von mir und Herrn Posamentierer Reinsch im Auftrage des Kirchenkollegiums, dessen Mitglieder wir sind. — Die Fahne wurde von einem Bürger (Gehülfe des Schieferdeckers) in Begleitung des Herrn Reinsch und meines Sohnes vor die Wohnung des Bürgermeisters getragen, an den Gartenzaun auf dem Bürgersteige niedergelegt, und sodann dem Herrn Bürgermeister von mir übergeben. Ich hätte sie in das Haus bringen lassen, wenn die rohe, circa 14 F. lange Stange derselben bei der beschränkten Räumlichkeit der Bürgermeisterwohnung dies nicht unmöglich gemacht hätte. Daß der Kinnstein dem Bürgersteig entlang läuft, auf welchem die Fahne lag, kann mir Niemand zum Verbrechen anrechnen.

Wirsing,  
k. Lotterie-Einnehmer und Compagnie-  
Führer der hiesigen Bürgerwehr.

□ **Hainau, 29. Juli.** [Die Folgen von Excessen.] Die Beschwerde der Eltern, deren Kinder wegen Betheiligung an den stattgefundenen Ragen-Musiken auf dem Rathhause Kantstuhle zugehört worden sind, ist von der Behörde — zurückgewiesen worden, da nach Aussage der subalternen Polizei-Beamten die Strafe eine gelinde zu nennen sei, und die Beschwerdeführer nicht nachgewiesen, daß die Kinder blutig geschlagen worden seien. Auf den Rechtspunkt: ob hier überhaupt eine Strafe stattfinden konnte und die Polizeigewalt nicht überschritten worden sei, ist die hohe Behörde gar nicht eingegangen. Der sich hier gebildete Verein zur Wahrung der Volksrechte hat nunmehr die Sache zu der seinigen erhoben, und am heutigen Tage den Fall vor das Staats-Ministerium gebracht. — Die am 15. Juni d. J. von einzelnen Wachmannschaften durch den Gebrauch der Waffen ausgegangenen Verwundungen und Mißhandlungen waren am hiesigen Land- und Stadtgericht, Behufs der Untersuchung, zum Protokolle denunciirt worden; unter Zustimmung des Kriminal-Senats hat dasselbe aber die Untersuchungssache zurück- und an die Polizei-Behörde zur Rüge gewiesen. Gleichwohl aber ist gegen diejenigen, welche am folgenden Tage dem Anführer der Wachhabenden über sein Verhalten bittere Vorwürfe gemacht haben, eine Criminal-Untersuchung heraufbeschworen und bereitwillig eingeleitet worden, und bereits haben sich eine Menge Zeugen vor dem hier anwesend gewesenen Untersuchungsrichter vernehmen lassen müssen.

△ **Brieg, 29. Juli.** Unsere öffentlichen Stadtverordneten-Sitzungen, von denen wir zur Berichtigung der irrthümlichen Angaben eines Namslauer Wahlmannes gestehen, daß wir sie größtentheils den Bemühungen unseres Bürgermeisters verdanken, werden fast gar nicht von Zuhörern besucht; die Leute, die früher so sehr dafür sprachen, haben sich eine Art Unterhaltung, nicht Erörterung meist trockener Sachen dabei gedacht. Unsere Reactionaire, in gewissen hiesigen Verbindungen besonders vertreten, thun alles mögliche, gegen die Demokratie einzunehmen; doch hat unser demokratischer Klub neulich in einem Maueranschlage gegen den Preußen-Verein vollständig gesiegt und die Beförderer dieses Vereins am hiesigen Orte werden sich nun wohl überzeugt haben, daß ihnen alles Zeug fehlt, an die Spitze einer politischen Partei zu treten; sie mögen ruhig ihren Erinnerungen leben und sich mit harmlosen Toasten und Liedern die Zeit vertreiben. Gegen die Adresse unsers Kriegerevereins, aus 183 Mitgliedern bestehend, tritt in unsern Blättern ein Mann von Kopf und politischem Muth, der Kalkulator Kliche, auf und erklärt, daß er nicht zu den 183 gehöre. Uebrigens sollen jene Adresse von den 182 nur einige zwanzig gekannt und gebilligt haben.

**Breslau.** Der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathsherr Joseph Fritsch zu Dels; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Benjamin Pausser zu Trebnitz; die Vakation für den bisherigen Pastor in Quicken-dorf, Kreis Frankenstein, Robert Häfner zum evangelischen Pfarrer in Stolz, gleichen Kreises; die Vakation für den bisherigen Kandidaten des Predigamts Johann Friedrich Scholz zum evangelischen Pfarrer in Böhmischdorf, Kreis Brieg, bestätigt.

Am 28. Juli Morgens gegen 1 Uhr brach in Kraschen, im Kreise Dels auf dem Dominio in einem Stallgebäude Feuer aus, welches so schnell um sich griff, daß in kurzer Zeit das Gefindehaus, Pferde- und Rindviehstall, zwei Scheuern, der Schafstall und eine Freigärtnerstelle im Raub der Flammen wurden. 15 Pferde, 27 Stück Rindvieh kamen in den Flammen um und gegen 500 Schock Getreide sind mit verbrannt.

## Mannigfaltiges.

— [Die Cholera in Berlin.] In der vom geh. Rath Prof. Wolff geleiteten Abtheilung der hiesigen Charité hat sich am 30. ein Fall der ausgebildeten asiatischen Cholera gezeigt. Die Krank-

heit machte in einem kurzen Zeitraum den ganzen Verlauf durch und endete tödtlich. Die Sektion fand am 31. Morgens statt und zeigte alle Veränderungen, wie sie durch die Cholera in den verschiedenen Geweben des Körpers hervorgebracht worden. Geheimrath Wolff hat den Behörden sofort diesen Fall angezeigt. (Zeit.-Halle.)

— Aus Jena wird der „Magdeb. Ztg.“ vom Erzherzog Reichsverweser folgender Zug erzählt: Als die am 9. Juli in Köfen versammelten Studenten erfuhren, daß der Reichsverweser am folgenden Tage durch Apolda kommen würde, beschloßen sie, auch ihrerseits ihn durch eine Deputation zu begrüßen; ihnen gestellte sich eine Deputation des akademischen Senats und des Stadtrathes bei. Nachdem der Prorektor gesprochen, traten drei Studenten vor, mit Barett, Schärpe und Schläger geschmückt; der Student der Rechte, Bollert, redete den Reichsverweser mit folgenden Worten an: „Erlaube, hoher Herr, daß Dir neben gereiften Männern auch ein deutscher Jüngling, dessen Herz für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes glüht, im Namen vieler jena'schen Burschen einen Gruß der Hochachtung und der innigsten Liebe darbringt. Meine Worte kommen von Herzen, ich hoffe, sie gehen auch zu Herzen. Schon seit Jahrzehnten hat vor Allen auch die akademische Jugend nach der Freiheit des Vaterlandes mit sehnendem Herzen verlangt; jetzt haben wir sie errungen, und Du sollst ihr Schirm sein. Schütze sie also gegen innere und äußere Feinde, und glaube nur, die deutsche Jugend wird Dir zur Seite stehen in ihrem größten Theile; rufe uns unter Deine Fahnen, wir sind bereit. Nun ziehe hin gegen Frankfurt, und Gott geleite Dich!“ Der Reichsverweser erwiderte: „Ich weiß wohl, daß in der deutschen Jugend immer ein kräftiger Sinn gelebt hat; pflegt diesen Geist, Ihr Burschen! Jetzt ist's noch Friede, wird es Krieg, dann will ich, der Alte, das Banner führen, und Ihr, die Jungen werdet mir folgen!“ Darauf begleiteten jene drei Studenten mit noch einigen ihrer Commilitonen den Erzherzog bis nach Weimar, als Ehrengelerte. Dort fragte ihn der obige Sprecher, ob er unverantwortlich sein wolle. Der Erzherzog entgegnete, er müsse dem Beschlusse der National-Versammlung sich fügen, doch werde er so nach dem Gesetze handeln, daß er Allen verantwortlich sein könne. Zuletzt fragte Jener: „Werden wir bald aus Frankfurt von Dir hören?“ Da sagte er: „Ja Kinder, Ihr sollt Thaten hören!“ Endlich gab er jedem der Studenten die Hand und sprach: „Leb' wohl und grüße Deine Brüder in Jena!“

— \* Unter dem Titel „Die Gegenwart“ erscheint seit Ende Mai d. J. im Verlage von F. A. Brockhaus eine encyclopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte, welche wir der Aufmerksamkeit unserer Leser ganz besonders empfehlen möchten. Das Werk wird der in der Vorrede dargelegten Aufgabe nach einerseits eine gründliche Uebersicht alles dessen gewähren, was seit dem Anfange dieses Jahrzehnts auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft und des politischen Lebens zur Erscheinung gekommen ist; andererseits in Auffassung und Behandlung des Stoffes den Entwicklungsengang unserer Zeit im Großen und Ganzen zu zeichnen, und den Zeitgenossen das Verständniß der Epoche überhaupt zu vermitteln suchen. In beiden Beziehungen liefern die bisher ausgegebenen zwei Hefte Proben der Ausführung, welche zu den schönsten Erwartungen für die Haltung des Ganzen berechtigen. Im ersten Hefte wird uns eine ausführliche Darstellung der französischen Februarrevolution von einem Augenzeugen geboten. Umsicht, Gründlichkeit, lebensvolle Schilderung und geschickte Gruppierung zeichnen die Arbeit gleich sehr aus, an der wir nur dies tadeln möchten, daß unter dem ersten unmittelbaren Eindruck der großen Begebenheiten der Verfasser zuweilen in eine etwas tendenziöse Parteilichkeit verfallen ist. Nicht minder gediegen ist ein fernerer, in das zweite Heft übergreifender Aufsatz, betitelt: das deutsche Volk in seiner Verbreitung über die Erde. Diesem schließt sich eine Abhandlung über die socialen Bewegungen der Gegenwart an, die mehr als einleuchtender Artikel zu mehreren folgenden Aufsätzen über die Geschichte der socialen Bewegung, so wie die Lösung der socialen Probleme zu betrachten ist, und wenn auch nicht erschöpfend, doch das Verdienst einer sehr klaren sachkundigen Darstellung und einer besonders geschickten und treffenden Gruppierung besitzt. Hieran reiht sich ein kurzer Aufsatz über das Planetensystem der Sonne nach den neuesten Entdeckungen, während eine ausführliche geschichtlich-ökonomische Abhandlung über die preussischen Ostseeprovinzen und deren Weltstellung den Schluß des zweiten Heftes bildet. Das ganze Werk schließt sich seinem Außern nach der 9ten Auflage des Conversations-Lexikons an, und soll als Supplement zu allen Ausgaben dieses Lexikons, so wie als neue Folge des Conversations-Lexikons der Gegenwart betrachtet werden. Jedoch hat die Natur des zu behandelnden Stoffes die lexikalische Form der Artikel nicht gestattet, wogegen durch ausführliche Register für die Bequemlichkeit des Auffuchens gesorgt werden soll.

## Inserte.

### Bekanntmachung.

In Hirschberg ist eine Agentur errichtet, deren Vorsitz dem königl. Landrath dortselbst übertragen ist. Breslau, den 31. Juli 1848.  
Der Vorstand der königl. Darlehns-Kasse.

### Handelskammer.

Die Mitglieder und Stellvertreter der provisorischen Handelskammer ersuche ich,  
**Mittwoch den 2. August Nachmittags 4 Uhr**  
in dem **Conrslokale des Börsegebäudes**  
sich gefälligst versammeln zu wollen.

Zu den wichtigeren Vorlagen gehören:

1. die Frage wegen Berechtigung zum Besuche der Börsenversammlungen;
2. Anträge, betreffend die Vertretung der Handels- und Gewerbe-Interessen bei der National-Versammlung zu Frankfurt;
3. die allgemeine deutsche Wechselordnung;
4. Anordnungen wegen Vertretung des Vice-Präsidenten der Handelskammer.

Breslau, den 29. Juli 1848.

Molinari.

### Veteranen-Hauptverein für Schlesien.

#### General-Appell

**Sonnabend den 5. August d. J.**  
**Abends Punkt 6 Uhr Gartenstraße Nr. 23 c.**  
im **Cafetier Hartmannschen Saale.**

Zur Berathung kommt der Entwurf zu den Vereins-Statuten.

Gleichzeitig bringen wir in Verfolg unserer Bekanntmachung vom 22. d. Mts. hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß uns außer den hierorts erfolgten Anmeldungen zum Anschluß an unsern Verein dergleichen noch aus nachstehenden Detschaften:

Beuthen a. D., Görlitz, Krotoschin (37 Mann),  
Sagan, Prausnitz bei Goldberg, Frankenstein,  
Trebnitz (125 Mann) und Neu-Berun,  
zugegangen und in die Mitgliederliste eingetragen worden sind.

Breslau, den 30. Juli 1848.

Der Vorstand des Vereins.

**H. Dresden.** Die hier (Alaungasse Nr. 55 b) permanent eröffnete, kostenfreie Ausstellung des „**Patent-Steingusses**“ aus der für das Inland patentirten Fabrik der Herren Gran und v. Boffe erregt ein außerordentliches Interesse. Dieser, für die gesammte Industrie höchst wichtigen Erfindung, worüber sich die Gewerbevereine in Bittau und in Dresden bereits sehr günstig ausgesprochen haben, möge etwas näher gedacht sein. Die „**Patent-Steingussfabrikate**“ werden auf kaltem Wege aus allen Arten Stein, Metalle, Schlacken, Stein- und Braunkohlen, Asche und dergl. hergestellt. Das Wie? ist nur den oben genannten Erfindern bekannt. Die „**Patent-Steingussfabrikate**“ sind nämlich: 1) Marmor-Fußplatten, schöner und bedeutend billiger als von natürlichem Marmor; 2) Bimsstein; 3) Weg- und Schleifsteine, in jeder Hinsicht den Erfordernissen entsprechend und um die Hälfte billiger als die natürlichen; 4) verschiedene Sorten Sandstein, an Dichtigkeit und Festigkeit die natürlichen übertreffend; 5) Mühlesteine, sehr dauerhaft (bereits für Wien ansehnliche Bestellungen eingegangen); 6) verschiedene, wahrhaft vortreffliche Kunstgussgegenstände (Portraits, Kassetten, architektonische Verzierungen aller Art); dieser letztere Artikel ist nicht nur ein Schmuck jedes Zimmers, sondern dürfte hauptsächlich den Bauherren und Baumeistern die beste Gelegenheit zu dauerhaften und billigen architektonischen Verzierungen darbieten. — Dem Vernehmen nach wird auf diese höchst wichtige Erfindung ein Aktien-Unternehmen begründet werden. Möge Deutschland sich beeilen, dies in jeder Hinsicht zu fördern. Die vielseitige Brauchbarkeit der oben genannten „**Patent-Steingussfabrikate**“ läßt mit Sicherheit hoffen, daß den Aktionärs eine hohe Rente zu Theil werden kann.

### Einladung zu einem wissenschaftlichen Kongreß in Frankfurt a. M.

Auf Pfingsten d. J. hat zu Frankfurt a. M. eine beratende Versammlung zur Gründung einer allgemeinen deutschen freien akademischen Universität stattgefunden. Durch den damals erwählten und unter dessen ergänzten Ausschuss ist in einer besonderen Denkschrift der Plan des Instituts zur allgemeinen Kenntniß des Publikums gebracht worden und soll derselbe einem sofort zu berufenden wissenschaftlichen Kongreß zur Berathung und definitiven Beschlußnahme vorgelegt werden. Unter Hinweisung auf diese (bei F. B. Meidinger in Frankfurt erscheinende und durch alle Buchhandlungen zu beziehende) Denkschrift werden nunmehr alle diejenigen Männer



der Wissenschaft, welche an der Ausführung des Planes ein begeistertes Interesse nehmen, zu diesem

am 27., 28. u. 29. August nächsthin in Frankfurt a. M., im Gasthof zum Landsberg, stattfindenden wissenschaftlichen Kongress

eingeladen und zugleich ersucht, ihre Anmeldungen zum Besuch desselben bei einem der hier mit unterzeichneten Mitglieder der constituirenden deutschen Nationalversammlung, spätestens bis zum 20. August, schriftlich zu machen.

Frankfurt, 16. Juli 1848.

A. Adler, in Worms. M. Carrière, in Gießen. L. Feuerbach, in Bruckberg bei Ansbach. K. Grün, in Trier. K. Nauwerck, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. L. Noack, in Oppenheim a. Rh. A. Peters, in Dresden. A. Ruge, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. Fr. Vischer, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. G. Zimmermann, in Worms.

Die verehrlichen Redactionen der öffentlichen Blätter sind um gefällige unentgeltliche Aufnahme dieser Einladung höflichst gebeten.

## Deutsche Anwaltversammlung in Dresden.

Eine große Anzahl von Kollegen aller deutschen Länder hat den Wunsch ausgesprochen, im laufenden Jahre eine allgemeine, deutsche Anwaltversammlung in Dresden

zu halten. Der hiesige Advokatenverein hat in Folge der an ihn ergangenen ehrenvollen Aufforderung zur Einleitung der Versammlung die Unterzeichneten mit Ausführung des Nöthigen beauftragt.

Demnach ist der Anwaltstag für Deutschland auf den 27., 28. und 29. August d. J.

anberaumt worden, und ergeht hierdurch an alle Anwälte Deutschlands die Einladung, auf diesem Anwaltstage, am Vorabende eines für das gemeinsame Vaterland neu zu schaffenden Rechtszustandes, recht zahlreich zu erscheinen.

Anmeldungen der Kommenden und vorzutragender Berathungsgegenstände erbitten wir uns, wo möglich bis zum 19. August d. J. unter der Adresse des mitunterzeichneten Kollegen Schmalz (Klostergasse Nr. 7). Dresden am 30. Juli 1848.

Das provisorische Comité für die deutsche Anwaltversammlung.

Zenker. Fleck. Heinz. Schmalz. Peschel.

Heute wurde dem 1. Bataillon 11. Landwehr-Regiments von dem Herrn General-Major v. Bursky nach einem 12-wöchentlichen, durch häufige Parade-Exercitien erschwerten Garnison- und Festungsdienst die Hauptparade mit den Exercitien abgenommen und die Mannschaft bei der drückendsten Gewitterstürme von des Morgens 7 bis Mittags 12 Uhr nicht nur physisch, sondern auch moralisch arg geplagt, indem der Herr General es sich herausgenommen hat, die Mannschaft mit dem dienstwidrigen Du zu behandeln, das um so widriger gewesen, als er sich fortwährend über die Leistungen der Mannschaften unzufrieden bezeigt hat, obwohl sich nicht verkennen ließ, daß jeder einzelne beflissen gewesen ist, sich und dem Bataillon Ehre zu machen.

Ein solches Verhalten dürfte keineswegs den jetzigen Zeitverhältnissen, die eine humane Behandlung zur besondern Pflicht machen, angemessen, am wenigsten aber geeignet sein, sich die Liebe und Achtung der Untergebenen zu erwerben, auf welche es im Ernst des Krieges ankommen dürfte.

Glag, den 29. Juli 1848.

Belehrte des 1. Bataillons 11. Landwehr-Regiments.

### Theater-Nachricht.

Mittwoch: 36te Abonnements-Vorstellung. „Gaar und Zimmermann.“ Komische Oper mit Tanz in 3 Aufzügen, Musik von A. Vorhies. — Peter L. Gaar von Außland, Herr Schneider, vom Stadt-Theater zu Frankfurt a. d. O., als Gast.

Donnerstag: 37te Abonnements-Vorstellung. Zweite Ziehung der Abonnements-Verlosung von 400 Loosen. Dazu: „Richards Wanderleben.“ Lustspiel in 5 Akten, nach John D'Keeffe frei bearbeitet von G. Kettel.

Loose zur Abonnements-Verlosung sind im Theater-Bureau bis 6 Uhr Abends zu haben.

### Entbindungs-Anzeige.

Heute Morgens 2 Uhr wurde meine liebe Frau Marie, geb. Köhler, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Gr. Murisch, den 31. Juli 1848.

B a n s e n.

### Entbindungs-Anzeige.

Daß meine Frau Charlotte, geborene Knecht, heute Morgen um 6 1/2 Uhr von einem muntern Knaben glücklich entbunden worden ist, zeige ich hierdurch, statt besonderer Meldung, ergebenst an. Breslau, den 1. August 1848.

G n e r l i c h.

### Todes-Anzeige.

Das gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr erfolgte Ableben meiner lieben Frau und unserers guten Mutter, der verw. gewesenen Pastorin Hermes, geb. Thiel, jetzt lebt verehelichten Musiklehrers Wilhelm, in einem Alter von 59 Jahren 3 Monaten, nach 14tägigen Krankenlager und schweren Leiden, zeigen die tiefbetrübten Unterzeichneten, um stille Theilnahme bittend, statt jeder besonderen Meldung, theuern Verwandten und lieben Freunden ergebenst an.

Reiße, den 31. Juli 1848.

G. F. Wilhelm, als Witte.  
G. Hermes, } Söhne.  
W. Hermes, }

### Todes-Anzeige.

Gestern endete in Folge brandiger Verschärfung der Haut unsere liebe Elisabeth ihr kurzes Dasein.

Frankenstein, den 30. Juli 1848.

A. Schurich und Frau.

### Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Nach 14tägigem Krankenlager endete heute Nachmittag 5 Uhr ein sanfter Tod das vielbewegte, thatenreiche Leben meines Onkels, des königlich preussischen Ingenieur-Majors und Festungs-Inspicteurs von Mühlbach in dem Alter von beinahe 53 Jahren. Diese traurige Anzeige widme ich, um stille Theilnahme bittend, seinen vielen Freunden und Bekannten.

Bad Ems, den 18. Juli 1848

Louis von Mühlbach.

### Todes-Anzeige.

Den gestern Morgen erfolgten Tod meines geliebten Mannes M. C. Erstling zeige ich mit betrübtem Herzen an. Vier unermessene Kinder stehen weinend mit mir an seinem Grabe.

Breslau, den 1. August 1848.

Rosalie Erstling, geb. Zülzer.

### Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Heute Morgen halb 5 Uhr verschied sanft unser innigstgeliebtes jüngstes Söhnchen, Louis, in dem zarten Alter von 10 Monaten. Tiefbetrübt widmen wir diese Anzeige entfernten Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend.

Neumarkt, am 30. Juli 1848.

Steinberg und Frau.

Sing-Academie. Mittwoch den 2. August letzte Versammlung vor den Ferien.

Hiermit erfülle ich die traurige Pflicht, das am 3. April d. J. erfolgte Ableben meines innigstgeliebten Gatten, des Herrn Johann Karl Ossig, ergebenst anzuzeigen. Ich verbinde damit die Mittheilung, daß ich das von dem selig Verstorbenen unter der Firma

## Johann Carl Ossig

geführte Manufaktur-Waaren-Geschäft an Herrn C. G. Stetter käuflich überlassen habe, welcher dasselbe unter seiner Firma, wie aus der nachstehenden Anzeige zu ersehen, fortsetzen wird, bemerkend, daß ich alle, die bisherige Firma betreffenden Activa und Passiva einzeln und ordnen werde. — Indem ich für das dem selig Verstorbenen stets bewiesene Vertrauen aufrichtig danke, bitte ich, dasselbe auf dessen Nachfolger geneigtest zu übertragen.

Breslau, den 31. Juli 1848.

Friederike Ossig, geb. Pöhlmann.

Mit Bezug auf vorstehende Anzeige der verwitweten Frau Friederike Ossig erlaube ich mir die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich das von deren verstorbenen Gatten unter der Firma J. C. Ossig geführte Manufaktur-Waaren-Geschäft käuflich an mich gebracht habe und dasselbe unter meiner Firma

## C. G. Stetter

fortführen werde. — Indem ich ergebenst bitte, das dem Verstorbenen stets bewiesene ehrenvolle Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen, versichere ich zugleich, daß es mein eifrigstes Bestreben sein wird, bei strenger Rechtllichkeit, allen an mich zu stellenden billigen Forderungen zu genügen.

Hiermit verbinde ich noch die Anzeige, daß das von Herrn J. C. Ossig bisher gehaltene Kommissions-Lager von Fär-fischroth-Garnen der Herren Fr. Wittenstein & Sohn in Barmen von diesen ebenfalls auf mich übertragen worden ist, und empfehle dasselbe zu gütiger Beachtung.

Breslau, den 31. Juli 1848.

C. G. Stetter, Karls-Straße Nr. 20.

### An Hulda Ps.r.

Wo ich geh' und steh', an laut und stillen Orten,  
Folgt Dein Bild, Dein liebes, mir so hier wie dorten;  
Selbst ist ja der Schlaf in Dich verliebt geworden,  
Daß er nächtlich spricht von Dir mit süßen Worten.

Der Handlungsdiener Otto aus Krakau ist von heute ab aus meinem Geschäft entlassen. Breslau, den 1. August 1848.

B. Stern jnn.

### Aufforderung.

Da in Kurzem gerichtliche Auktion verfallener Pfänder aus dem Jahre 1846—47 abgehalten wird, fordert zu baldiger Einlösung auf:

das Schuppische Leihamt.

## Warnung.

Ich warne hiermit Jedermann, meinem Sohne

## Theodor Theinert

ohne meine schriftliche Anweisung irgend etwas zu borgen, da ich derartige Schulden nicht anerkenne.

Giersdorf, Kreis Frankenstein, d. 29. Juli 1848.

Franz Theinert, Müllermeister.

### Bekanntmachung.

In Folge des von vielen Kollegen ausgesprochenen Wunsches findet wegen der gegenwärtigen politischen Verhältnisse Deutschlands die auf den 10. August d. J. anberaumte Versammlung des Central-Vereins homöopathischer Aerzte nicht statt.

Breslau, im Juli 1848.

Dr. Lobethal, z. Z. Präses.

Ein Unterkommen sucht ein verh. Amtmann, der circa 13 Jahre an einem Ort gedient hat und vorzüglich empfohlen ist; seine Ansprüche sind sehr bescheiden. Näheres ertheilt Jos. Delavigne, Kegerberg Nr. 13.

Verloren wurde am 30. Juli eine goldene Broche, schwarz emailirt. — Der ehrliche Finder erhält eine angemessene Belohnung bei Herrn Goldarbeiter Gumpert, Karls-Straße Nr. 20. — Vor Ankauf der Broche wird gewarnt.

## 150,000 Rthl. Cour.

kann ein adeliger Gutsbesitzer mit Vermögen durch Verheirathung mit einer jungen adeligen Dame von guter Familie sich erwerben. Reelle Offerten unter der Aufschrift: „B. 21, K. 26 Jesus Str.“ im Geschäftszimmer, Spandauerstr. 36 in Berlin, abzugeben, werden berücksichtigt.

Mühlgasse Nr. 25 ist die Hälfte des 3ten Stocks zu vermieten.

### Curiosum. Ein Beispiel demokratischer Beredsamkeit.

Trebnitzer Wochenblatt Nr. 18. Man schreit so jämmerlich über Republik und Demokraten; dies thun auch manche Kandidaten. Dies steht jedem heute frei, über Beides heute noch mehr zu schreien. Da fragt Keiner, woraus entsteht der Zweig-Berein und wo geht er mit seinem Gewissen hin. Sie schreien in die Republik, wir rufen ihnen zu: Bis jetzt bedürfen wir ihren Zuspruch nicht, und wissen, was wir thun, ohne daß sie schreien dazu. Sie sind ängstlich um uns und wir besorgt um sie. Dürfen wir ihnen auch einmal rathen auf ihren Zorn: vertauschen sie doch einmal das Silber, Sammt, Seide und den schwarzen Rock auf einen schlichten Leinwandrock und auf eine solenne Groscherstelle, wo kein Tisch mit Zins-Bachhühnern und Eiern, Kaffee, Braten, Schokolade und Wein, da läßt es sich gut von Republik schreien! Zu der neuen Stellung wünschen wir Ihnen eine dauerhafte Gesundheit und bis zum 50jährigen Kandidaten-Jubiläum recht viel kräftige Arme, gesunden Appetit und eine längliche Mahlzeit, nach 50jähriger Arbeit eine ruhige Pfründe und die Republik vergeht geschwinde. Zu Aller Beruhigung die Nachricht, daß wir an keine Republik denken.

Mehrere Mitglieder des demokratischen Zweigvereins des Trebnitzer Kreises.

### Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch beehre ich mich, ergebenst anzuzeigen, daß ich hiersebst Ohlauerstraße Nr. 87, in der goldenen Krone,

## Spezerei- u. Material-Waaren-, Delikatessen-, Tabak- und Cigarren-Handlung

unter meiner bisherigen Firma:

## Albert Landé

eröffnet habe, und werde ich, geleitet vom Prinzip der strengsten Realität, meine geehrten Kunden stets mit den besten Waaren, bei möglichst billigen Preisen bedienen, weshalb ich um geneigte Beachtung bitte.

Breslau, 1. August 1848.

Albert Landé.

## Düsseldorfer Mostrich (Sens)

feinster Qualität, kräftig, das Pfd. nur 3 Sgr., bei Entnahme von 12 Pfd. nur 1 Rthl., in Gebinden 1 und 1/2 Anker noch billiger lagert stets zu solch billigen Preisen zum Verkauf bei

## Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42.

Die neu eröffnete Dauermehl-Handlung von E. Schlesinger, Elisabeth (Zuchhaus) Straße Nr. 11, empfiehlt alle Sorten

## Ohlauer Dauermehl,

sowohl im Ganzen als in einzelnen Pfunden, bei ausgezeichnet guter, ganz trockener Waare, zu den allerbilligsten Fabrikpreisen.

### Bräuerei-Verpachtung.

Meine, in hiesiger Stadt auf der Breslauer Straße belegene Bräuerei und Liqueurfabrik soll vom 1. Oktober d. J. ab, auf drei Jahre verpachtet werden. Zu dem auf den 4. September d. J. deshalb anberaumten Licitations-Termin werden alle Pachtlustigen in die Bräuerei-Schankstube ergebenst eingeladen. Die Kaution beträgt 200 Rthl. Die Bedingungen liegen in meiner Wohnung zur Einsicht bereit. Dels, den 24. Juli 1848.

C. A. F. Döring.

Ohlauer Straße Nr. 53 ist der 2te Stock zu Michaelis billig zu vermieten.

Ein sehr gebildeter junger Mann, mit vorzüglichem Urtheile versehen, und kautionsfähig, sucht eine Stellung als verwaltender Forstbeamte oder Rentant, und übernimmt auf Verlangen zugleich die Leitung der Dekonomie. Es wird hauptsächlich auf eine anständige Behandlung gesehen.

Tralles, vorm. Gutsb., Messergasse 39.

Auf der Kohlen-Niederlage im Thurmbofe in der Nikolai-Vorstadt sind von heute ab fortwährend feste, kräftig brennende

### Steinkohlen-Ziegel

in jedem beliebigen Quantum zu haben.



# Das Hotel zum Kautenfranz in Liegnitz

empfehlte sich den verehrten Reisenden zu bester Benutzung, und wird stets bemüht sein, durch prompteste und aufmerksamste Bedienung sich des ihm während langer Jahre bewiesenen Vertrauens zu rechtfertigen und zu erhalten.

## Öffentliches Aufgebot.

Von dem unterzeichneten königlichen Ober-Landesgericht werden:

- 1) alle diejenigen, welche an den auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreises, Rubr. II., Nr. 2, und zwar für die v. Frenzel'schen Descendenten mit 26 Thl. schles., und für die v. Keil'schen Descendenten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de conf. den 20. April 1693 eingetragenen widerkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Ablosung zur Zeit der Aufhebung des Stiffts Wahlstatt, als früheren Gutsheerrschaft von Schönau von dem königlichen Domainen-Fiskus behauptet wird, — so wie
- 2) alle diejenigen, welche an die auf dem vormals fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hieselbst gehörigen Gute Gabig, Breslauer Kreises, sub Rubr. III., Nr. 1, auf Grund des Schul-Instrumentes vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümlich mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zufolge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Cession vom 27. Mai desselben Jahres geliehenen 5000 Rthlr., — so wie
- 3) alle diejenigen, welche an die auf dem zuletzt genannten Gute sub Rubr. III. Nr. 2, auf Grund des für die verewitt. Marie Franziska Borsdolo, geb. Reynolda, ausgestellt Schul-Instrumentes vom 1. Februar 1756, für deren Universalerbin verewitt. Minola, Marie Catharina geb. Borsdolo, zufolge Verfügung vom 25. Februar 1771 eingetragenen 2000 Rthlr., oder 1333 Rthlr. 8 Sgr., als Eigenthümer, Cessionarien oder Erben derselben, oder aus irgend einem anderen Grunde Ansprüche haben, zu deren Anmeldung auf den

**1. Sept. d. J., Vorm. 11 Uhr,** vor dem Ober-Landes-Gerichts-Referendarius v. Lipinsky II. im Parteien-Zimmer des Ober-Landes-Gerichts anstehenden Termine unter der Warnung vorgeladen, daß die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen ausgeschlossen, ihnen damit ein ewiges Stillschweigen auferlegt und die erwähnten Posten, hinsichtlich welcher auch bei 2 und 3 der königl. Domainen-Fiskus die längst erfolgte Tilgung behauptet, im Hypothekensbuche gelöscht werden werden.  
Breslau, den 29. April 1848.  
Königliches Ober-Landes-Gericht.  
Erster Senat.  
Hundrich.

## Öffentliches Aufgebot.

Die Zinscheine der zum Nachlaß des am 10. Dezember pr. zu Hirschberg verstorbenen Rittergutsbesitzer Johann Karl Heinrich Linck gehörigen, von der pommerischen Provinzial-Bückerfiederei zu Stettin unterm 1sten April 1817 ausgegebenen privilegierten Aktien Nr. 302. 303. 357. 358. 359. 360 von je 250 Rthl. und zu 5 pCt. verzinslich von demselben Datum, sind angeblich verloren gegangen. Es wird daher auf den Antrag der alleinigen Erbin des Erblassers, verewitt. werten Rittergutsbesitzer Linck, Johanne Christiane Louise, geb. Unverricht, das öffentliche Aufgebot dieser Zinscheine hiermit veranlaßt und werden alle diejenigen, welche an dieselben als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Brief-Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, spätestens in dem auf den

**6. Oktober 1848 Vorm. 11 Uhr** vor dem königl. Oberlandes-Gerichts-Referendarius Solz in unserem Parteienzimmer Nr. II. anberaumten Termine zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die gedachten Zinscheine für amortisiert werden erklärt werden.  
Breslau, den 15. Juni 1848.  
Königl. Oberlandes-Gericht. Erster Senat.  
Hundrich.

## Nothwendiger Verkauf.

Das im Rybniker Kreise in Oberschlesien belegene, auf 36687 Rthl. 18 Sgr. abgeschätzte freie Allodial-Rittergut Czernitz Nr. 7 nebst Zubehör, soll

den 16. Novbr. 1848 Vorm. um 11 Uhr vor dem Deputirten, Oberlandes-Gerichtsrath v. Sellhorn, an ordentlicher Gerichtsstelle wegen Nichtertrichtung der Kaufgelber aus der Abjudicatoria vom 8. Oktbr. 1847 re-substanziiert werden.

Die Taxe und ein Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden. Es werden auch alle unbekannte Realpräsentanten aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.  
Ratibor, den 14. März 1848.  
Königl. Oberlandes-Gericht.  
Müller.

Eine alte, gute Geige ist billig zu verkaufen beim Instrumenmacher Liebig, Neumarkt Nr. 16.

## Proklama.

Auf den Antrag der Oberschlesischen Fürstenthums-Landschaft werden alle diejenigen, welche an den nachstehend bezeichneten, während der gesetzlichen Verjährungs-Frist nicht mehr zum Vorschein gekommenen landschaftlichen Pfandbrief

Cujau OS. Nr. 57, über 500 Rthlr. als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, dieselben spätestens in dem auf dem hiesigen königlichen Ober-Landes-Gericht

**am 22sten November d. J. Vormittags 11 Uhr** vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-Referendarius Schmie-dike anberaumten Termine geltend zu machen, widrigenfalls die Ausbleibenden mit allen ihren etwaigen Ansprüchen an den vorstehend bezeichneten landschaftlichen Pfandbrief unter Auflegung eines ewigen Stillschweigens werden präkludiert werden, demnach dieser Pfandbrief zum Besten des eigenthümlichen Fonds der Oberschlesischen Fürstenthums-Landschaft für amortisiert erklärt und auf deren Antrag die Löschung desselben im Hypothekensbuche erfolgen muß.  
Ratibor, den 8. Juli 1848.  
Königliches Ober-Landes-Gericht.

## Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 6 b. der neuen Taschenstraße belegenen, zur Kaufmann Kahn'schen erbshaflichen Liquidations-Masse gehörigen, auf 17,188 Rthlr. 5 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen neuen Termin auf den

**2. Febr. 1849, Vorm. 10 Uhr** vor dem Hrn. Stadtgerichtsrath Schmi-dt, in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden die unbekannten Realpräsentanten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.  
Breslau, den 14. Juli 1848.  
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

## Öffentliche Vorladung.

Auf den Antrag des Kurators des rechtskräftig für einen Verschwender erklärten Gutsbesizers Heinrich Julius Sonnabend hieselbst, werden sämtliche Gläubiger des Letzteren hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche an diesen in dem auf

**den 29. August 1848, Vorm. 11 Uhr,** vor dem Hrn. Ober-Landes-Gerichts-Referendarius Kiefling in unserm Parteienzimmer anberaumten Termine anzuzeigen; wer sich in diesem Termine nicht meldet, hat die Vermuthung wider sich, daß er dem Kuranden erst nach der Probabilitäts-Erklärung kreditirt, wenn auch sein Instrument von einem älteren Datum sein sollte und wird also Derjenige, der nach Ablauf des Termins seine Forderung einlegt, mit derselben abgewiesen werden, wenn nicht bei der Verhandlung der Sache das Gegentheil der obigen Vermuthung ausgemittelt wird.  
Breslau, den 28. Juni 1848.  
Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

## Öffentliches Aufgebot.

Alle diejenigen, welche an die von dem interimistischen Executions-Inspektor, Stadtgerichts-Referendarius Schur bestellte Amts-Cautio Ansprüche zu haben vermeinen, werden hiermit aufgefordert, dieselben entweder vor oder spätestens in dem zu diesem Befehle auf den 1. September d. J., früh 9 Uhr, vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmi-dt in unserm Parteienzimmer anberaumten Termine geltend zu machen. Diejenigen welche sich innerhalb dieser Frist und beziehungsweise in dem Termine nicht gemeldet haben, werden ihrer Ansprüche an die Amtseautio verlustig gehen, und lediglich an die Person des Stadtgerichts-Referendarius Schur verwiesen werden.  
Breslau, den 30. April 1848.  
Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

## Öffentliches Aufgebot.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 37 der Matthiasstraße belegenen, dem Brauereibesitzer Joseph Schuballa gehörigen, auf 5832 Rthlr. 19 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den **4. Oktober 1848 Vormittags 11 Uhr** vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmi-dt in unserm Parteienzimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden hiermit die drei Geschwister Kierstein, Pauline Caroline Henriette, Agnes Friederike Henriette und Clara Bertha Julie vorgeladen.  
Breslau, den 15. März 1848.  
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

## Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 37 der Matthiasstraße belegenen, dem Brauereibesitzer Joseph Schuballa gehörigen, auf 5832 Rthlr. 19 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den **4. Oktober 1848 Vormittags 11 Uhr** vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmi-dt in unserm Parteienzimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden hiermit die drei Geschwister Kierstein, Pauline Caroline Henriette, Agnes Friederike Henriette und Clara Bertha Julie vorgeladen.  
Breslau, den 15. März 1848.  
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

## Peere Spiritus-Gebinde,

Holz- und Eisenband, sind billig zu verkaufen bei  
**G. Kopisch,**  
Albrechtsstraße Nr. 21.

Im Verlage von **Graf, Barth und Comp.** in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

## Anleitung zur Anlage lebendiger Hecken oder Grün-Zäune.

Von **Julius von Pannwitz**, königlich preussischem Ober-Forstmeister.  
Zweite verbesserte Auflage. 8. geb. 7 1/2 Sgr.

## Citatal-Citation.

Ueber den Nachlaß des am 12. September 1847 hieselbst verstorbenen Kaufmanns Ernst Reifland ist der erbshafliche Liquidations-prozeß eröffnet worden. Zur Anmeldung und Ausweisung der Ansprüche der Gläubiger ist ein Termin auf

**den 18. Septbr. d. J. Vormittags 11 Uhr**

vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Seibt in unserm Instruktions-Zimmer Nr. II. anberaumt worden, zu welchem sämtliche unbekannte Gläubiger in Person, oder durch einen von ihnen zu bestellenden Anwalt, wozu ihnen die Justiz-Commissarien Langer und Wigenhufen hieselbst vorgeschlagen werden, unter der Warnung vorgeladen werden, daß die ausbleibenden Gläubiger aller ihrer etwaigen Vorrechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verwiesen werden sollen.  
Oppeln, 6. Juli 1848.  
Königl. Land- und Stadt-Gericht.

## Humanität.

Mittwoch den 2. August: **Konzert.**  
Anfang 4 Uhr.

## Horn-Konzert

findet jeden Montag, Mittwoch und Sonnabend von dem Musikchor der hochlöbl. 6ten Artillerie-Brigade auf dem Weidendamm statt, wozu ergebenst einladet: **Schlenfog.**

## Im Schaffgötsch-Garten

sind täglich gut zubereitete Fische und Krebse zu bekommen.

## Fürstengarten.

Heute Mittwoch den 2. August großes Militär-Horn-Konzert von der Kapelle der hochlöbl. 6ten Jäger-Abtheilung; nicht von der Kapelle des 22sten Infanterie-Regiments.  
**A. Ziegler.**

Eine Familie von Stande aus Rußland hat mir bei ihrer Abreise in ihre Heimath ihre Tochter zur Erziehung und Ausbildung in den Sprachen, Künsten und Wissenschaften übergeben. Ich wünsche noch ein Kind von 10 bis 12 Jahren in Pensionen zu nehmen, um sie mit meinem Pflinglinge zu erziehen. Treue mütterliche Pflege, sorgfältige Ueberwachung und Gründlichkeit in allen Zweigen des Unterrichts wird zugesagt. Hausprache ist die französische und englische. — Auch können noch mehrere erwachsene junge Dame, welche sich in Sprache und Wissenschaften vervollkommen wollen, Aufnahme finden. Anmeldungen werden sogleich oder im Laufe des Monats August erbeten.  
Brieg in Schlessien, den 27. Juli 1848.  
**Fr. Langbein, Privatlehrerin.**

Ein in gutem Bauzustande hieselbst gelegenes Haus mit Stallung auf 6 Pferde und Wagenremise, im Werthe von 35,000 Rthlr., ist sofort zu verkaufen, oder gegen ein Landgut von gleicher Höhe bis 45,000 Rthlr. zu vertauschen, und das Nähere bei dem Hrn. Oberamtmann Methner, Ohlauer Straße Nr. 58, zu erfahren.

Goldarbeiter-Werkzeug ist im Einzelnen zu verkaufen: hinter der Kreuzkirche Nr. 4, bei Wittwe Schirm.

Einen halbgelborenen, schwarz- und weißgefleckten Spiz kann dessen Eigenthümer Kohlenstraße Nr. 5 abholen.

## Guter Pferdewehrer

ist sogleich abzugeben: Mathias-Str. Nr. 3, in der goldenen Krone.

## Breslau, den 1. August.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Bank-Dukaten 96 1/2 Br. Kaiserliche Dukaten 96 1/2 Br. Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 1/2 Gld. polnische Courant 91 1/2 Br. Oesterreichische Banknoten 88 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3 1/2 % 73 1/2 Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % neue 3 1/2 % 77 1/2 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3 1/2 % 92 1/2 Br. Litt. B 4 % 93 Gld. 3 1/2 % 82 1/4 Br. Alte polnische Pfandbriefe 4 % 87 1/4 Gld., neue 87 1/2 Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 82 1/4 Br. Oberschlesische Litt. A 3 1/2 % 83 1/4 Br. Krakau-Oberschlesische 38 1/2 Br. Niederschlesische-Märkische 3 1/2 % 68 1/4 Gld. Köln-Mindener 3 1/2 % 75 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 1/2 Gld.

## Berlin, den 31. Juli.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 1/2 % 74 à 75 bez., Prior. 4 1/2 % 87 1/2 bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 37 bez. u. Gld. Niederschlesische 3 1/2 % 68 Br., Prior. 4 % 81 1/2 Br., Prior. 5 % 93 1/2 Br., Ser. III. 5 % 88 1/2 Br. Oberschlesische Litt. A 3 1/2 % 84 1/2 Gld., Litt. B 84 1/2 Gld. Rheinische 53 Gld. Prior. 4 % 67 Gld. Posener-Stargard 4 % 64 1/2 u. 63 bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 39 1/2 bis 38 1/2 bez. u. Br. — Fonds- und Geld-Course: Staats-Schuld-Scheine 3 1/2 % 73 1/2 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 87 1/2 Br. Posener Pfandbriefe 4 % 92 1/2 Gld., neue 3 1/2 % 77 etw. bez. Schlesische Pfandbriefe Litt. B 3 1/2 % 81 1/2 bez. Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or 113 bez. Polnische Pfandbriefe 4 % neue 87 1/2 bez.

Redakteur: Nimbs.